

**6**

10. Juni 1997 · 17. Jahrgang,
S. 132–157 · ISSN 1430–550X

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT

GI Aktuell

Seite 132

GI Leitsätze

Seite 132, 149

Notarhaftung

Notarielle Amtstätigkeit · Erklärung des Treuhänders, Rechtsanwalts und Notars
Pflicht zur „wahren Bezeugung“ · Fehlerhafte Kollegialgerichts-Entscheidung
(BGH, Urf. v. 21. 11. 1996 – IX ZR 182/95)

Seite 133

Steuerberaterhaftung

Versteuerung stiller Reserven · Schaden? · Beratungsgerechtes Verhalten
Vermeidung der Entnahme?
(OLG Hamm, Urf. v. 13. 12. 1995 – 25 U 19/95)

Seite 141

Sozietätshaftung

Gemischte Sozietät · Gesamtschuldner
(OLG Köln, Urf. v. 3. 5. 1996 – 11 U 252/95)

Seite 147

Honoraranspruch des Steuerberaters

Fälligkeit · Mandatsende · Zeitgebühr · Rechnungsmängel · Verzug des StB
(OLG Düsseldorf, Urf. v. 20. 6. 1996 – 13 U 100/95)

Seite 150

Steuerberaterhonorar

Allgemeine Beratung · Ordnungsgemäße Rechnung · Unterschrift
(OLG Düsseldorf, Urf. v. 12. 12. 1996 – 13 U 208/95)

Seite 152

GI Leitsätze

Seite 153, 154

GI Hinweise

Seite 154



GI-Spezial

**Steuerberaterhonorar 1980–1996
auf CD-ROM**

GI Aktuell

Begrenzung der Kraftfahrzeugkosten Körperbehinderter durch Pauschsätze

Körperbehinderte, die in ihrer Geh- und Stehfähigkeit so erheblich beschränkt sind, daß sie sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeugs bewegen können, können nach ständiger Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs ihre Aufwendungen für die private Unterhaltung eines Kraftfahrzeugs neben den Pauschbeträgen für Körperbehinderte als außergewöhnliche Belastung geltend machen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Kosten der Höhe nach im Rahmen des Angemessenen liegen.

Mit Ur. v. 22.10.1996 – III R 203/94 hat der Bundesfinanzhof entschieden, daß die Kraftfahrzeugkosten pro Kilometer u.a. grundsätzlich nur dann als angemessen anzusehen sind, wenn sie sich im Rahmen der Sätze halten, die von den Einkommen- und Lohnsteuerrichtlinien beim Abzug von Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten aufgrund einer Schätzung der durchschnittlichen Kosten des Betriebs eines Kraftfahrzeugs ohne Einzelnachweis zugelassen werden. Für das Streitjahr (1984) in dem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall handelte es sich um 0,42 DM je gefahrenen Kilometer. Gegenwärtig sind es 0,52 DM je Fahrkilometer.

Der Bundesfinanzhof ist der Auffassung, daß es geboten sei, grundsätzlich die als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigenden Kraftfahrzeugkosten auch dann durch die Pauschsätze zu begrenzen, wenn von dem körperbehinderten Steuerpflichtigen höhere Kosten einzeln nachgewiesen und nicht von vornherein nur die Kilometer-Pauschsätze geltend gemacht werden. In der Regel könne nur dadurch die Angemessenheit der als außergewöhnlichen Belastung anerkannten Aufwendungen und eine gleichmäßige Besteuerung gewährleistet werden.

(Pressemitteilung d. BFH v. 1.5.1997, Nr. 5)

Verkauf von Standardsoftware nicht umsatzsteuerbegünstigt

Die Einräumung, Übertragung oder Wahrnehmung von Rechten, die sich aus dem Urheberrechtsgesetz ergeben, unterliegt nicht dem regelmäßigen Umsatzsteuersatz (15 v.H.), sondern dem ermäßigten Steuersatz (7 v.H.). Von verschiedenen Seiten wurde die Auffassung vertreten, daß auch im Verkauf von Computerprogrammen die Einräumung oder Übertragung von Rechten aus dem Urheberrechtsgesetz zu sehen sei.

Mit Ur. v. 13.3.1997 – V R 13/96 (Umsatzsteuergesetz 1993) hat der Bundesfinanzhof nunmehr entschieden, daß der Verkauf von Standardsoftware auf Disketten mit dem Regelsteuersatz zu versteuern ist.

Der Bundesfinanzhof sieht die Sache ähnlich wie bei urheberrechtlich geschützten Schriftwerken oder Werken der Musik, die in Form von Büchern oder Schallplatten vertrieben werden. Der Käufer erhält das Buch oder die Schallplatte und kein Recht aus dem Urheberrechtsgesetz. Entsprechendes gilt auch für den Kauf von Software auf einer Diskette, gleichgültig ob ein Sachkauf oder der Kauf eines immateriellen Wirtschaftsguts vorliegt.

(Pressemitteilung d. BFH v. 1.5.1997, Nr. 6)

GI Leitsätze

Investitionszulageantrag / Eigenhändige Unterschrift / Frist?

Nach § 6 Abs. 3 Satz 1 InvZulG ist der Antrag auf Investitionszulage eigenhändig zu unterschreiben. Ein innerhalb der Antragsfrist vom gesetzlichen Vertreter des Anspruchsberechtigten unterschriebener Antrag ist vor Erlass des Investitionszulagebescheids um die eigenhändige Unterschrift des Anspruchsberechtigten zu ergänzen. Nach Ablauf der Antragsfrist ist eine Nachholung der Unterschrift regelmäßig nicht mehr möglich.

In den Fällen, in denen die Unterschrift völlig fehlt oder in denen der Anspruchsberechtigte nicht eigenhändig unterschrieben hat und der Antrag erst zeitnah vor Ende der Antragsfrist eingereicht wurde, so daß eine Nachholung nach Hinweis durch das Finanzamt vor Ablauf der Antragsfrist nicht mehr möglich war, liegen nicht wirksam gestellte Anträge vor. Damit wären die in den genannten Fällen bereits ausgezahlten Investitionszulagen zurückzufordern. Für 1990 gilt dies jedoch nicht, da hier nach länder einheitlicher Regelung eine Nachholung auch noch nach Ablauf der Antragsfrist gestattet wurde, soweit die Unterschriftsleistung nur durch einen Bevollmächtigten erfolgte. Diese Regelung gilt nicht für die Folgejahre ab 1991.

(Erlaß Mecklenburg-Vorpommern v. 16.12.1996 – IV 300 - Inv 1260 - 16/96, LEXinform 0138240 = STEUER-TELEX 1997, 187)

Anmerkung: Es bleibt die Möglichkeit des Wiedereinsetzungsantrags, wenn die Verwaltung den Investitionszulageantrag rechtzeitig erhält und keinen Hinweis auf die notwendige eigenhändige Unterschrift gibt (§ 89 AO, § 110 AO).

Steuerberaterhonorar / Pauschal- vergütung / Schriftform / Hinweispflicht

Zur Frage der Hinweispflicht des Steuerberaters im Zusammenhang mit der Formbedürftigkeit einer Pauschalvergütungsabrede nach § 14 Abs. 1 StBGebV.

(OLG Celle, Ur. v. 9.2.1994 – 3 U 83/93, DStR 1994, 630)

Notarhaftung

- Notarielle Amtstätigkeit
- Erklärung des Treuhänders, Rechtsanwalts und Notars
- Pflicht zur „wahren Bezeugung“
- Fehlerhafte Kollegialgerichts-Entscheidung

(BGH, Urt. v. 21.11.1996 – IX ZR 182/95)

Leitsätze:

1. Ist das an Kapitalanleger gerichtete Schreiben eines Notars dahin zu verstehen, bei ihm seien ausreichende Sicherheiten hinterlegt, darf der Empfänger regelmäßig davon ausgehen, daß die Hinterlegung den Anforderungen entspricht, die an ein ordnungsgemäßes notarielles Verwahrungsgeschäft zu stellen sind.

2. Wendet sich ein Notar auf Ersuchen einer Kapitalanlagegesellschaft mit einer Erklärung über hinterlegte Sicherheiten gezielt an potentielle Anleger, um diesen eine Grundlage für bedeutsame Vermögensentscheidungen zu geben, so können auch die Empfänger der Erklärung Auftraggeber i.S. von § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO sein.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt den beklagten Anwaltsnotar wegen dessen Mitwirkung an einem fehlgeschlagenen Kapitalanlagegeschäft auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger schloß am 16.4.1993 mit der E.O.F.C. Limited mit Sitz in S./Liechtenstein (fortan: EOFC) einen Treuhandvertrag, in dem es unter anderem heißt:

„Der Treugeber“ (Kläger) „überträgt dem Treuhänder“ (EOFC) „die Aufgabe, sein Kapital in Höhe von DM 255.000 ... für zunächst ein Jahr garantiert verlustsicher anzulegen. Eine Rendite von 10 % per anno ist zu erbringen.

Der Treuhänder verpflichtet sich, das Kapital gemäß dem vorgenannten Treuhandauftrag verlustsicher zu plazieren. Zusätzlich wird durch

einen deutschen Rechtsanwalt und Notar eine Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten abgegeben, die ebenfalls die 10 %ige Renditeleistung beinhaltet.

Der Treuhänder verpflichtet sich zur Rückzahlung von Kapital und 10 % Rendite = DM 280.500 am 16.4.1994 auf ein vom Treugeber zu benennendes Konto ...“

Am selben Tag zahlte der Kläger einen Betrag von 255.000 DM auf das Konto der EOFC bei einer Bank in S./Liechtenstein. Vor der Zahlung erhielt der Kläger über die EOFC eine Kopie der vom Beklagten unterzeichneten „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“. In dieser Erklärung heißt es:

„Hiermit bestätige ich als Treuhänder, Rechtsanwalt und Notar, daß zur Absicherung der an die ...“ (EOFC) „von Herrn ...“ (Kläger) „übergebenen Anlagegelder in Höhe von 255.000 DM ... ausreichende Sicherheiten hinterlegt wurden.

Die Sicherheiten stehen unwiderruflich zur Deckung des Anlagekapitals zuzüglich 10 % zur Verfügung und zwar für den Fall, daß, aus welchen Gründen auch immer, die ...“ (EOFC) „die Rückzahlung des Anlagekapitals zuzüglich 10 % = 280.500 DM nicht zum vereinbarten Termin, dem 17.4.1994 an den Anleger oder einen von ihm benannten Vertreter vornimmt.

Ich erkläre ausdrücklich, daß ich beauftragt und bevollmächtigt wurde, bei Nichterfüllung des Anlagevertrages durch die ...“ (EOFC) „zum Auszahlungstermin unverzüglich aus den hinterlegten Sicherheiten die fällige Summe abzudecken. In Rechtsbeziehung zum Anleger trete ich damit nicht. ...“

Danach folgt über dem in Klammern gesetzten Wort „Stempel“ auf dem linken Teil der Seite ein Stempelabdruck, der mit den Worten beginnt: „Rechtsanwalt u. Notar“. Auf dem rechten Teil der Seite befindet sich über den in Klammern befindlichen Worten: „Rechtsanwalt & Notar“ die Unterschrift des Beklagten.

Das Original der Urkunde sandte der Beklagte dem Kläger per Einschreiben mit Rückschein zu. Die EOFC legte die vom Kläger erhaltenen Gelder bei der E. Inc. W., D./USA (im folgenden: E.) an. Die Einbeziehung des Beklagten in das

Anlagegeschäft und die in der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ (im folgenden auch kurz: „Erklärung“) des Beklagten bestätigte Hinterlegung der Sicherheiten spielten sich nach seiner Darstellung wie folgt ab:

Mitte März 1993 trat der Anlageberater B. an den Beklagten mit der Bitte heran, bei einer Geldhinterlegung im Rahmen von Geldanlagen bei einer liechtensteinischen Finanzierungsgesellschaft mitzuwirken. Bei einem Treffen am 19.3.1993 wurde dem Beklagten von B. und einem Mitarbeiter der EOFC die Hinterlegung im einzelnen erläutert. Sie bestand im Kern darin, daß DM-Barbeträge, die mindestens dem Nominalanlagekapital der Anleger zuzüglich einer Rendite von 10% entsprachen, in Schließfächern von Banken hinterlegt wurden. Der Beklagte sollte bis zum Ablauf einer Anlagefrist von einem Jahr nur gemeinsam mit dem Hinterleger (E.) und dem Rechtsanwalt und Notar T. aus G. nach Ablauf des Anlagejahres allein Zugang zu dem Schließfach haben.

Der Beklagte wies die EOFC mit Schreiben vom 27.3.1993 darauf hin, daß der vorgesehene Ablauf seine Mitwirkung, die ohnehin nur in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und nicht als Notar möglich wäre, nicht zulasse. Mit Schreiben vom 3.4.1993 bestätigte er der EOFC jedoch „die am 19.3.1993 ... hier in meinem Büro getroffene Vereinbarung, daß im Zusammenhang mit der Werbung für das mir vorgestellte Anlagemodell, Ihre Vertreter/Vertreiber ... meinen Namen und meine Berufsbezeichnung nicht verwenden dürfen; ... nicht von einer notariellen Tätigkeit meinerseits sprechen dürfen. ...“

Am 31.3.1993 mieteten der Beklagte und der Direktor der E., C.H., gemeinsam bei der Kreditbank in Antwerpen den Safe Nr. ... Der laut Mietvertrag einzige Schlüssel wurde dem Beklagten ausgehändigt. Danach begaben sich H., T. und der Beklagte in den Saferaum. Dort wurde ein von H. mitgebrachter Betrag von 3,3 Mio. DM – verteilt auf 33 Umschläge – in den Safe eingelegt. Der Beklagte führte den Safeschlüssel in das Schloß ein und drehte ihn zunächst in eine Richtung. Sodann stellte H. als eine Art „Gegensicherung“ einen dem Beklagten nicht bekannten Buchstabencode ein. Danach drehte dieser den Schlüssel um 180 Grad in die andere Richtung und zog ihn ab.

Als weitere Sicherung führte T. eine ihm von der Bank übergebene L-förmige Stahlplatte (Schlüsselskralle) in das Schloß des Safes ein und sicherte diese mit einer rechteckigen Stahlplatte und einem mitgebrachten Vorhängeschloß.

H. schrieb den Buchstabencode auf einen Zettel. Dieser wurde zusammen mit den beiden Schlüsseln des Vorhängeschlosses und einer von einem belgischen Notar beglaubigten Vollmacht des H., die den Beklagten berechnete, nach Ablauf des Treuhandvertrages den Safe allein zu öffnen und über dessen Inhalt zu verfügen, in ein Kuvert gesteckt. Dieses wurde von H. versiegelt und an T. übergeben mit dem Auftrag, es am 31.3.1994 an die Kanzlei des Beklagten zu übersenden. Der Safeschlüssel blieb im Besitz des Beklagten. Dieser und H. erhielten von der Bank eine Zugangskarte zum Saferaum, aus deren farblicher Gestaltung sich ergab, daß nur beiden gemeinsam der Zugang zum Saferaum zu gewähren war.

Am 21.10.1993 wurde durch Beschluß des Fürstlich Liechtensteinischen Landgerichts über das Vermögen der EOFC das Konkursverfahren eröffnet. Am 30.11.1993 wurde der Safe von der belgischen Staatsanwaltschaft geöffnet und festgestellt, daß er leer war. Nach H. wird von Interpol gefahndet.

Der Kläger hat den Beklagten aus dem Gesichtspunkt der Notarhaftung sowie aus Vertrags-, Delikts- und Prospekthaftung für den von ihm erlittenen Schaden in Anspruch genommen. Er hat beantragt, den Beklagten zur Zahlung von 255.000 DM nebst 10% Zinsen seit dem 16.4.1993 zu verurteilen. Das Landgericht hat die Klage in vollem Umfang, das Oberlandesgericht hat sie als zur Zeit unbegründet abgewiesen. Mit der Revision verfolgt der Kläger das Klagebegehren weiter; der Beklagte erstrebt im Wege der Anschlußrevision die vollständige Abweisung der Klage.

Aus den Gründen:

Die Revision ist im wesentlichen begründet; die Anschlußrevision bleibt ohne Erfolg.

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, mit seiner „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“

habe der Beklagte fahrlässig eine pflichtwidrige Amtshandlung als Notar vorgenommen, so daß er – von der Frage des Mitverschuldens abgesehen, die das Berufungsgericht offen gelassen hat – für den dem Kläger entstandenen Schaden verantwortlich sei. Einer Verurteilung des Beklagten stehe zur Zeit jedoch entgegen, daß Schadensersatzansprüche des Klägers gegen seinen Anlageberater und den ehemaligen Bevollmächtigten der EOFC ernsthaft in Betracht kämen.

II.

1. Rechtsfehlerfrei hat das Berufungsgericht in der von dem Beklagten abgegebenen „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ eine notarielle Amtshandlung gesehen. **Die „Erklärung“ ist dem notariellen – nicht dem anwaltlichen – Tätigkeitsbereich des Beklagten zuzuordnen.**

a) Dem steht nicht entgegen, daß der Beklagte der „Erklärung“ das **Notarsiegel nicht beigefügt hat**. Daraus folgt lediglich, daß der „Erklärung“ nicht die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde in der Form eines notariellen Vermerks i.S. von § 39 BeurkG zukommt (vgl. dazu Huhn/v. Schuckmann, *BeurkG* 3. Aufl., § 39 Rdn. 2, 16). Der Nichtgebrauch des Siegels hat hingegen nicht zur Folge, daß die „Erklärung“ nicht als notarielle, sondern als anwaltliche Tätigkeit einzustufen wäre. Zwar ist regelmäßig davon auszugehen, **daß ein Anwaltsnotar, der eine schriftliche Rechtsauskunft mit dem Notarsiegel versieht, als Notar handelt** (vgl. BGH, *Urt. v. 28.6.1977 – VI ZR 74/76, DNotZ* 1978, 312, 313). **Der umgekehrte Schluß ist jedoch nicht berechtigt.** Wird einer von einem Anwaltsnotar abgegebenen Erklärung das Notarsiegel nicht beigefügt, läßt dieser Umstand allein nicht ohne weiteres die Annahme zu, der Anwaltsnotar sei als Anwalt tätig geworden. Vielmehr sind in einem solchen Fall für die Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche andere Gesichtspunkte maßgebend.

b) **Nach § 24 Abs. 2 Satz 1 BNotO ist anzunehmen, daß ein zugleich als Rechtsanwalt zugelassener Notar dann als Notar tätig wird, wenn er Handlungen der in § 24 Abs. 1 BNotO bezeichneten Art vornimmt,** die dazu bestimmt

sind, Amtsgeschäfte der in den §§ 20 bis 23 BNotO bezeichneten Art vorzubereiten oder auszuführen. Liegen die Voraussetzungen dieser Bestimmung nicht vor, ist nach § 24 Abs. 2 Satz 2 BNotO im Zweifel anzunehmen, daß der Anwaltsnotar als Rechtsanwalt tätig geworden ist.

Derartige Zweifel bestehen nicht, wenn **nach den objektiven Umständen, insbesondere der Art der Tätigkeit, eine Aufgabe zu erfüllen ist, die in den Bereich notarieller Amtstätigkeit fällt** (vgl. BGH, *Urt. v. 14.5.1992 – IX ZR 262/91, WM* 1992, 1533, 1537; auch v. 19.10.1995 – IX ZR 104/94, *GI* 1996, 22 = *WM* 1996, 30, 32; OLG Hamm, *DNotZ* 1956, 154; *DNotZ* 1977, 49, 52; Reithmann, in: Seybold/Schippel, *BNotO* 6. Aufl., § 24 Rdn. 52; Rohs, *JVBl* 1965, 49 f.; ders., *Die Geschäftsführung der Notare* 10. Aufl., Rdn. 305). Dies trifft zu, **wenn nicht einseitige Interessenwahrnehmung in Rede steht**, sondern eine neutrale, unparteiische Berücksichtigung der Belange sämtlicher Beteiligten (vgl. BGHZ 51, 301, 305; BGH, *Urt. v. 26.10.1982 – VI ZR 318/84, 80, VersR* 1983, 81, 82; Haug, *Die Amtshaftung des Notars* 1989, Rdn. 357; Mümmeler, *JurBüro* 1988, Sp. 693, 695).

Das Berufungsgericht hat die „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ auf zutreffender rechtlicher Grundlage in tatrichterlicher Würdigung als notarielle Handlung und nicht als anwaltliche Tätigkeit eingeordnet. Dies ist aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden.

Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts **erweckt die „Erklärung“ den Eindruck, als habe der Beklagte ein notarielles Verwahrungsgeschäft übernommen.** Er „bestätigt“ zunächst als „Treuhänder, Rechtsanwalt und Notar“, es seien zur Absicherung der Anlagegelder ausreichende „Sicherheiten“ hinterlegt worden. Ferner weist er darauf hin, daß diese Sicherheiten im näher beschriebenen Sicherungsfall unwiderruflich zur Deckung des Anlagekapitals nebst Zinsen zur Verfügung stünden. Schließlich erklärt er „ausdrücklich“, beauftragt und bevollmächtigt zu sein, bei Nichterfüllung des Anlagevertrages die fällige Summe aus den hinterlegten Sicherheiten „abzudecken“.

Dies läßt aus der Sicht des Empfängers, auf die hier insbesondere deshalb abzustellen ist, weil

die „Erklärung“ nach ihrem Inhalt nur den Empfänger betraf (vgl. auch BGHZ 27, 338, 341; BGH, Urt. v. 8.1.1976 – III ZR 5/74, WM 1976, 453, 454; v. 10.5.1976 – III ZR 90/74, WM 1976, 873, 875; BGB-RGRK/Kreft, 12. Aufl., § 839 Rdn. 199 zur *Behördenauskunft*), bei vernünftigem, unvoreingenommenem Verständnis nur den Schluß zu, dem Beklagten seien als Treuhänder hinreichende Sicherheiten zur Verfügung gestellt worden, aus denen er die Forderung des Klägers ggf. befriedigen werde.

Nach den Ausführungen des Berufungsgerichts weist aus diesem Grunde die „Erklärung“ – auch wenn die Art der Sicherheiten nicht näher beschrieben wird – auf ein notarielles Verwahrungsgeschäft des Beklagten hin. Daran ändert nichts, daß der Beklagte die „Erklärung“ nicht ausschließlich als „Notar“, sondern als „Rechtsanwalt und Notar“ abgegeben hat. Der Beifügung der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ allein ist nicht zu entnehmen, daß der Beklagte bei dem geschilderten Verwahrungsgeschäft entgegen dem objektiven Erklärungsinhalt nicht als Notar, sondern nur als Rechtsanwalt tätig werden wollte.

Diese Beurteilung durch das Berufungsgericht ist möglich, wenn nicht sogar naheliegend. Rechtsfehler werden insoweit von Revision und Anschlußrevision nicht aufgezeigt. Wegen ihres auf einen notariellen Tätigkeitsbereich bezogenen Inhalts stellt sich auch die „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ selbst als notarielle Amtshandlung dar.

Da der Beklagte als Notar gehandelt hat, richtet sich seine Haftung ausschließlich nach § 19 BNotO (vgl. BGH, Urt. v. 21.12.1959 – III ZR 180/58, DNotZ 1960, 265, 266 f; v. 11.7.1996 – IX ZR 116/95, GI 1996, 293 = WM 1996, 2074, 2075 m.w.N.; Haug, in: Seybold/Schippel, a.a.O., § 19 Rdn. 1).

2. Jedenfalls im Ergebnis zutreffend hat das Berufungsgericht ferner eine Amtspflichtverletzung des Beklagten bejaht.

a) Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Beklagte habe mit der Abgabe der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ gegen seine sich aus § 14 Abs. 2 BNotO ergebende Amtspflicht verstoßen, „dem Unrecht zu wehren“. Er

hätte seine Mitwirkung an dem Kapitalanlagegeschäft ablehnen müssen, weil für ihn erkennbar gewesen sei, daß er in ein betrügerisches Anlagegeschäft habe eingespannt werden sollen. Die mangelnde Seriosität dieses Geschäfts hätte sich dem Beklagten wegen der wirtschaftlichen Unsinnigkeit, der erkennbaren Unklarheit der Gewinnrealisierung und der dubiosen Erklärungen zur Herkunft der hinterlegten Gelder sowie der erkennbar nicht gewährleisteten Sicherheit dieser Gelder erschließen müssen.

b) Auch in bezug auf eine Amtspflichtverletzung des Beklagten kommt es weniger darauf an, daß er den betrügerischen Hintergrund des Anlagegeschäfts hätte erkennen können und müssen und aus diesem Grund gehalten war, seine Mitwirkung an dem Geschäft abzulehnen. **Dem Beklagten fällt jedenfalls deshalb eine Amtspflichtverletzung zur Last, weil er mit der Abgabe der „Erklärung“ gegen das Gebot wahrheitsgemäßer Bekundung verstoßen hat.** Bei allen Amtsgeschäften hat der Notar vor allem die Wahrheit zu bezeugen. Er darf nur bekunden, was er nach gewissenhafter Prüfung als zutreffend erkannt hat. Mit seinen Amtspflichten ist es unvereinbar, wenn er durch seine Tätigkeit einen falschen Anschein erweckt, durch den geschützte Dritte in die Gefahr eines folgenschweren Irrtums geraten (vgl. BGH, Urt. v. 4.6.1992 – IX ZR 58/91, WM 1992, 1497, 1500 m.w.N.; ferner BGHZ 96, 157, 165; BGH, Urt. v. 14.5.1985 – IX ZR 64/84, WM 1985, 1109, 1111 zu 4. b). So lag es hier.

aa) Wenn ein Notar – wie hier der Beklagte – in einem Schreiben an den aus einem Verwahrungsgeschäft Begünstigten zum Ausdruck bringt, er habe Sicherheiten zur Absicherung einer Forderung des Begünstigten in Verwahrung genommen, ist ein solches Schreiben grundsätzlich dahin zu verstehen, daß das Geschäft den Anforderungen entspricht, die nach den einschlägigen Bestimmungen an ein ordnungsgemäßes notarielles Verwahrungsgeschäft gestellt werden.

bb) **Die hinterlegten Sicherheiten bestanden unstreitig aus Geld.** Dann handelte es sich bei dem in der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ beschriebenen Geschäft um ein Verwahrungsgeschäft i.S. von § 23 BNotO.

Dieser Vorschrift zufolge sind die Notare auch zuständig, Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten, die ihnen von den Beteiligten übergeben sind, zur Aufbewahrung oder zur Ablieferung an Dritte zu übernehmen. Um die bei derartigen Geschäften gebotene äußerste Korrektheit sicherzustellen, enthalten die §§ 11 bis 13 der Dienstordnung für Notare (DONot) Bestimmungen darüber, wie der Notar ein solches Geschäft abzuwickeln hat (vgl. BGH, *Beschl. v. 15.2.1971 – NotSt [Brfg] 1/70, DNotZ 1972, 551, 554; Weingärtner/Schöttler, Dienstordnung für Notare 7. Aufl., Rdn. 144*).

cc) Im Streitfall **widersprach** die Durchführung des Verwahrungsgeschäfts Bestimmungen **der Dienstordnung für Notare** insbesondere deshalb, **weil der Beklagte keinen Alleinbesitz an dem Banksafe erworben hatte, in welchem die Sicherheiten seinen Angaben zufolge deponiert wurden.** § 12 Abs. 2 Satz 8 DONot erlaubt die gesonderte Aufbewahrung von Geldbeträgen in besonderen Hüllen, falls der Hinterleger die gesonderte Aufbewahrung schriftlich verlangt. Die gesonderte Aufbewahrung von Geldbeträgen hat in entsprechender Anwendung von § 12 Abs. 1 Satz 1 DONot wie die Verwahrung von Wertpapieren und Kostbarkeiten sicher und getrennt von anderen Massen zu erfolgen.

Der Notar hat das Geld mithin in einem eigenen Schließfach bei der Bank oder in seinem Büro feuer- und diebstahlssicher aufzubewahren (vgl. *Weingärtner/Schöttler, a.a.O., Rdn. 164 i.V.m. Rdn. 160, 161*), **sofern er es nicht entsprechend § 12 Abs. 1 Satz 3 DONot einer Bank in Verwahrung gibt.** Verwahrt er die Gegenstände in einem Bankschließfach, hat er dieses auf seinen Namen zu mieten und unmittelbaren Alleinbesitz zu erwerben (vgl. *Kanzleiter, in: Seybold/Schippel, a.a.O., § 12 DONot Rdn. 3; Weingärtner/Schöttler, a.a.O., Rdn. 160*). Alles andere wäre mit dem auch in § 12 Abs. 2 Satz 2 DONot zum Ausdruck kommenden Grundsatz der persönlichen Amtsausübung nicht vereinbar (vgl. *Reithmann, in: Seybold/Schippel, a.a.O., § 23 Rdn. 9; Weingärtner/Schöttler, a.a.O., Rdn. 173*).

Legt man den Vortrag des Beklagten zugrunde, den sich der Kläger nach dem Gesamtzusammenhang seiner Ausführungen jedenfalls hilfs-

weise zu eigen gemacht hat, hatte der Beklagte vor Ende März 1994 ohne Mitwirkung von H. und Rechtsanwalt und Notar T. keinen Zugang zu dem Schließfach, in dem die Sicherheiten verschlossen worden waren. Demzufolge hätte der Beklagte als Notar an dem Hinterlegungsgeschäft nicht mitwirken dürfen (vgl. *Weingärtner/Schöttler, a.a.O., Rdn. 156*). Der Kläger durfte – wie dargelegt – aufgrund der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ davon ausgehen, der Beklagte habe im Einklang mit den notariellen Pflichten gehandelt, die er bei einem Verwahrungsgeschäft einzuhalten hat. Deshalb stimmte die „Erklärung“ mit der Wirklichkeit nicht überein und enthielt einen evidenten Verstoß gegen die Amtspflicht des Beklagten zu wahrheitsgemäßer Bekundung.

3. Diese Amtspflicht bestand auch dem Kläger gegenüber. **Einem Notar, der eine Bescheinigung ausstellt oder eine notarielle Erklärung abgibt, obliegt die Amtspflicht zur wahren Bezeugung jedenfalls dem gegenüber, für den sie bestimmt ist** (vgl. *BGH, Urt. v. 30.5.1972 – VI ZR 11/71, DNotZ 1973, 245, 246; v. 10.6.1983 – V ZR 4/82, WM 1983, 964; auch Reithmann, DNotZ 1970, 5, 18 ff*). Das war hier der Kläger, dem die Hinterlegung von ausreichenden Sicherheiten für einen Rückforderungsanspruch aus der Anlage von Geldern bei der EOFC bestätigt wurde.

Mit dem Hinweis in der „Erklärung“: „In Rechtsbeziehung zum Anleger trete ich damit nicht“, der im Anschluß an die Erklärung folgt, er sei beauftragt, bei Nichterfüllung des Anlagevertrages aus den hinterlegten Sicherheiten die fällige Summe abzudecken, vermochte der Beklagte sich von dieser Amtspflicht nicht zu befreien. Notarielle Amtspflichten stehen nicht zur Disposition des Notars.

4. Ohne Rechtsfehler ist das Berufungsgericht davon ausgegangen, daß der geltend gemachte Schaden (ganz überwiegend) auf die Amtspflichtverletzung des Beklagten zurückzuführen ist. Der Beklagte nimmt das Berufungsurteil insoweit hin. Der Schaden liegt auch im Schutzbereich der von dem Beklagten verletzten Amtspflicht. Die Pflicht zu wahrheitsgemäßer Bekundung im Zusammenhang mit einem Anlagegeschäft, insbesondere der Verwahrung

von Sicherheiten für die Rückforderung, hat gerade auch den Zweck, Schäden wegen Verlustes der angelegten Gelder zu verhindern.

5. Der Beklagte hat seine Amtspflicht schuldhaft verletzt. Das Berufungsgericht hat im Zusammenhang mit der Erörterung einer pflichtwidrigen Tätigkeit des Beklagten im Ausland und dem Nichtgebrauch des Notarsiegels ein vorsätzliches Handeln des Beklagten deshalb verneint, weil er nicht als Notar habe tätig werden wollen und dieser Irrtum – unabhängig von dessen Einordnung als Tatsachen- oder Rechtsirrtum – das Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit und damit den Vorsatz ausschließe. Es hat in der Mitwirkung des Beklagten an dem Kapitalanlagegeschäft und insbesondere in der Abgabe der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ jedoch eine fahrlässige Amtspflichtverletzung gesehen. Das läßt jedenfalls im Ergebnis einen Rechtsfehler zu Lasten des Beklagten nicht erkennen.

Der Beklagte kannte alle tatsächlichen Umstände der Verwahrung und wußte, daß er **als Notar** an dem Geschäft nicht mitwirken und die „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ nicht abgeben durfte. Dies folgt deutlich aus seinen Schreiben vom 27.3. und 3.4.1993, in denen er zum Ausdruck bringt, daß seine Mitwirkung als Notar nicht möglich sei und im Zusammenhang mit der Werbung für das Anlagevorhaben von einer notariellen Tätigkeit des Beklagten nicht gesprochen werden dürfe. Es ergibt sich ferner daraus, daß er den ihm von der EOFC mit Schreiben vom 29.3.1993 übermittelten Mustertext einer „Notariellen Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ durch Streichen des Wortes „Notariellen“ abgeändert hat. Gleichwohl hat der Beklagte zugelassen, daß von der EOFC auf seine Stellung als Notar – wenn auch in Zusammenhang mit seinem Beruf als Rechtsanwalt – hingewiesen wurde, und hat – wie dargelegt – jedenfalls bei Abgabe der „Erklärung“ als Notar gehandelt. Damit, daß er als Notar tätig wurde, hat er zumindest rechnen müssen.

Er hat in der „Erklärung“ an drei Stellen von der Berufsbezeichnung Notar Gebrauch gemacht. Er wußte, daß er nach dem Inhalt der „Erklärung“ als neutraler, unparteiischer Mittler zwischen dem Hinterleger (E.) und

dem Kläger, nicht aber als Vertreter einseitiger Interessen eines der Beteiligten tätig wurde. Er kannte daher alle Tatsachen, die verständigerweise die Annahme einer notariellen Amtshandlung begründeten, und mußte deshalb jedenfalls mit der Möglichkeit rechnen, die Abgabe der „Erklärung“ sei als notarielle Tätigkeit zu würdigen.

Der Beklagte hat keine Umstände dargetan, die der Annahme einer wenigstens fahrlässigen Pflichtverletzung entgegenstehen könnten. Er hat lediglich vorgetragen, erst „ganz kurze Zeit zum Notar bestellt“ gewesen zu sein. Allein dieses Vorbringen reicht angesichts der dem Beklagten bekannten objektiven Umstände nicht zu der Annahme aus, er hätte nicht mit der Möglichkeit rechnen müssen, in seiner Funktion als Notar zu handeln. Daß die bloße Nichtverwendung des Dienstsiegels ungeeignet ist, eine Handlung dem notariellen Tätigkeitsbereich zu entziehen, gehört zum Grundwissen jedes Notars. Klar mußte dem Beklagten ebenfalls sein, daß ein Notar ein Handeln in dieser Eigenschaft nicht allein durch die Erklärung gegenüber einem Anlageunternehmen ausschließen kann, nicht als Notar tätig zu werden, wenn er dem Anleger gegenüber gleichwohl als Notar auftritt. Schließlich mußte dem Beklagten bewußt sein, daß die zusätzliche Beifügung der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ zu der dreimal verwendeten Berufsbezeichnung „Notar“ nicht dazu führen kann, eine materielle Notartätigkeit dem anwaltlichen Geschäftsbereich eines Anwaltsnotars zuzuordnen.

Hätte der Beklagte danach in Betracht ziehen müssen, bei Abgabe der „Erklärung“ als Notar zu handeln, so mußte er auch mit der Möglichkeit rechnen, gegen seine Amtspflicht zu wahrheitsgemäßer Bekundung zu verstoßen. Für ihn mußte sich die Überlegung aufdrängen, daß die „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ geeignet war, vom Empfänger dahin verstanden zu werden, die Art der Hinterlegung entspreche den für notarielle Verwahrungsgeschäfte geltenden Vorschriften. Ebenso mußte er erkennen, daß dies nicht zutraf, die „Erklärung“ also unrichtig war.

Daß das mit drei Berufsrichtern besetzte Landgericht angenommen hat, der Beklagte habe nicht als Notar gehandelt und auch im übrigen

keine ihm dem Kläger gegenüber obliegenden Pflichten verletzt, vermag den Beklagten entgegen der von der Anschlußrevision vertretenen Meinung nicht zu entlasten. **Der Grundsatz, daß ein Verschulden des Notars regelmäßig ausscheidet, wenn ein mit mehreren Rechtskundigen besetztes Kollegialgericht sein Verhalten als objektiv rechtmäßig gebilligt hat, greift hier nicht ein.** Er ist nur eine allgemeine Richtlinie für die Beurteilung des im Einzelfall gegebenen Sachverhalts und deshalb **unanwendbar, wenn ein Kollegialgericht in entscheidenden Punkten von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen ist oder diesen nicht erschöpfend gewürdigt hat** (ständige Rechtsprechung, vgl. etwa BGH, Urt. v. 4.6.1992 – IX ZR 58/91, WM 1992, 1497, 1500 m.w.N.). Hier hat das Landgericht die „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ rechtlich nicht zutreffend eingeordnet und die Pflicht des Beklagten zu wahrheitsgemäßer Bekundung nicht in seine Erwägungen einbezogen.

6. Der Beklagte kann sich nicht mit Erfolg darauf berufen, es bestehe eine **anderweitige Ersatzmöglichkeit** i.S. von § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO. Auch wenn ihm kein Vorsatz zur Last zu legen sein mag, entfällt eine subsidiäre Haftung, weil der Kläger unter den besonderen Umständen des vorliegenden Falles als Auftraggeber i.S. von § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO anzusehen ist.

a) Diese Bestimmung geht zurück auf die Regelung des § 21 Abs. 1 Satz 2 der Reichsnotarordnung vom 13.2.1937 (RGBl I, S. 191); danach blieb die Vorschrift des § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB außer Anwendung bei Amtsgeschäften der in den §§ 25, 26 RNotO (jetzt §§ 23, 24 BNotO) bezeichneten Art im Verhältnis zwischen dem Notar und dem Auftraggeber. Anlaß für diese Ausnahme von der grundsätzlich nur subsidiären Amtshaftung des Notars war der Umstand, daß vor Inkrafttreten der Reichsnotarordnung die in §§ 25, 26 RNotO erfaßten Geschäfte von der Rechtsprechung regelmäßig als vertragliche Tätigkeit des Notars eingeordnet wurden, so daß den Notar für Pflichtverletzungen in diesem Tätigkeitsbereich stets eine unmittelbare vertragliche Haftung traf (vgl. Grunau, DNotZ 1937, 529, 539; Seybold/Hornig, RNotO 1. Aufl. 1937, § 21 Anm. IX, 1; s. ferner

Oberneck, Das Notariatsrecht 8.-10. Aufl. 1929, S. 143 ff).

Die Abgrenzung zwischen amtlicher und nicht-amtlicher (vertraglicher) Tätigkeit des Notars (vgl. Grunau, DNotZ 1937, 455, 468 ff) wurde mit dem Inkrafttreten der Reichsnotarordnung entbehrlich, weil diese auch die Haftung des Notars für die in §§ 25, 26 RNotO aufgeführten Geschäfte den Grundsätzen der Amtshaftung unterstellte und somit eine einheitliche Haftungsgrundlage schuf (Grunau, a.a.O., S. 470 ff; Jonas, DNotZ 1937, 175, 184). Offenbar um den Geschädigten bei diesen Geschäften im Vergleich mit dem bisherigen Rechtszustand nicht ungebührlich zu benachteiligen, wurde die Ausnahmebestimmung des § 21 Abs. 1 Satz 2 RNotO von der grundsätzlich nur noch subsidiären Haftung des Notars geschaffen; der Notar erschien insoweit nicht schutzbedürftig, weil er die Übernahme selbständiger Betreuungsgeschäfte ablehnen kann (vgl. Haug, Die Amtshaftung des Notars, Rdn. 201; Bräu, Die Verwahrungstätigkeit des Notars 1991, Rdn. 73; Hirte, Berufshaftung 1996, S. 87).

b) **Auftraggeber i.S. von § 21 Abs. 1 Satz 2 RNotO und § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO ist in erster Linie derjenige, der den Notar um eine Tätigkeit ersucht, hier mithin die EOFC. Darüber hinaus ist Auftraggeber jedenfalls auch derjenige, dem gegenüber der Notar selbständig und ausdrücklich Amtspflichten übernimmt** (vgl. Haug, Die Amtshaftung des Notars, Rdn. 204; ders., in: Seybold/Schippel, a.a.O., § 19 Rdn. 94; Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 19 Rdn. 195; zum Auftraggeber bei Hinterlegungen vgl. auch Seybold/Hornig, RNotO 1. Aufl., a.a.O.; ähnlich Louis, VersR 1979, 988, 989; Zimmermann, DNotZ 1980, 451, 455). Das trifft auf den Kläger zu.

Der Beklagte hat den Kläger nicht nur davon in Kenntnis gesetzt, daß zur Absicherung des beabsichtigten Anlagegeschäfts ausreichende Sicherheiten hinterlegt seien. Er ist vielmehr an den Kläger herantreten, um durch seine Erklärung, es seien Sicherheiten hinterlegt worden, über die er bei Scheitern des Anlagegeschäfts zu seinen Gunsten verfügen könne, eine wesentliche Voraussetzung für den Geschäftsabschluß zu schaffen. Die vom Beklagten abgegebene „Erklärung zu den hinterlegten Sicher-

heiten“ kann bei dieser Sachlage nicht nur als unselbständige Verpflichtung im Rahmen der gegenüber der EOFC übernommenen Tätigkeit gewertet werden. Der Beklagte hat sich in seiner Stellung als Notar mit der Übersendung der „Erklärung“ gezielt an einen Interessentenkreis gewendet, von dem er wußte, daß die „Erklärung“ für diesen die einzig verläßlich erscheinende Grundlage bedeutsamer vermögensrechtlicher Entscheidungen sein würde.

Wäre der Beklagte insoweit nicht als Notar, sondern als Privatperson – etwa als Rechtsanwalt – tätig geworden, läge es nach den Feststellungen des Berufungsgerichts nahe, daß er für die Richtigkeit dieser „Erklärung“ nach Vertragsgrundsätzen unmittelbar einzustehen hätte, sei es aufgrund eines Vertrags zugunsten Dritter (vgl. BGH, Urt. v. 14.4.1986 – II ZR 123/85, WM 1986, 904, 905), nach den Grundsätzen der Auskunftshaftung (vgl. dazu BGH, Urt. v. 12.2.1979 – II ZR 177/77, NJW 1979, 1595, 1596) oder des Verschuldens bei Vertragsschluß. Für die Notarhaftung darf unter Berücksichtigung des berechtigten Verständnisses des Empfängers der „Erklärung“ nichts anderes gelten.

Der Beklagte ist unter Verwendung der Berufsbezeichnung „Notar“ **mit seiner „Erklärung“ an namentlich benannte Anieger** herangetreten, um ihnen zu versichern, daß das Anlagegeschäft wegen ausreichend hinterlegter Sicherheiten risikolos sei. Auf diese Weise hat er ihrem besonderen Sicherungsbedürfnis Rechnung tragen wollen und dabei seine Vertrauensstellung als Notar maßgeblich eingebracht. Damit hat der Beklagte nicht anders, als wenn die potentiellen Anleger von sich aus an ihn herangetreten wären und um eine entsprechende Bestätigung nachgesucht hätten, diesen gegenüber gezielt selbständige Amtspflichten übernommen; die Anleger sind daher als Auftraggeber i.S. von § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO anzusehen.

7. Der Schadenersatzanspruch des Klägers ist nicht aus dem Gesichtspunkt des **Mitverschuldens** (§ 254 Abs. 1 BGB) zu mindern. Diese vom Berufungsgericht offen gelassene Frage kann der Senat selbst entscheiden, weil insoweit weitere Feststellungen nicht zu erwarten sind (vgl. BGH, Urt. v. 12.1.1993 – X ZR 87/91, WM 1993, 652, 654).

Da der Beklagte in der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ „als Treuhänder, Rechtsanwalt und Notar“ bestätigte, daß „ausreichende Sicherheiten hinterlegt“ worden seien, daß diese bei nicht fristgerechter Rückzahlung „unwideruflich zur Deckung des Anlagekapitals zuzüglich 10 % zur Verfügung“ stünden und daß er beauftragt sei, bei Nichterfüllung des Anlagevertrages „unverzüglich aus den hinterlegten Sicherheiten die fällige Summe abzudecken“, durfte der Kläger davon ausgehen, daß seine Forderung aus dem Anlagevertrag mit der EOFC genügend gesichert war. Auch wenn der Kläger wußte, daß die Sicherheiten in Bargeld bestanden, das bei einer belgischen Bank deponiert war, brauchte sich ihm aufgrund der „Erklärung“ mangels irgendeines Vorbehalts nicht die Annahme aufzudrängen, die Sicherheiten könnten entgegen der von dem Beklagten abgegebenen „Bestätigung“ zur Sicherung seiner Forderung doch nicht „ausreichen“. Derartige Zweifel sollten durch die „Erklärung“ gerade ausgeräumt werden.

Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung kann in der Regel derjenige, der seine Vertragspflicht zur Erteilung richtiger Auskunft verletzt hat, gegenüber dem Ersatzanspruch des Geschädigten nach Treu und Glauben nicht geltend machen, diesen treffe ein Mitverschulden, weil er der Auskunft vertraut und dadurch einen Mangel an Sorgfalt gezeigt habe (BGH, Urt. v. 7.1.1965 – VII ZR 28/63, WM 1965, 287, 288; v. 16.11.1970 – VIII ZR 227/68, WM 1971, 74, 77). Auch auf die Erklärungen und Belehrungen eines Beamten darf der Bürger im allgemeinen vertrauen, ohne daß ihm bei einer Unrichtigkeit der Erklärung – sofern die Annahme einer Unrichtigkeit nicht dringlich nahelag – der Vorwurf eines Mitverschuldens gemacht werden kann (vgl. BGH, Urt. v. 23.2.1978 – III ZR 97/76, NJW 1978, 1522, 1524; v. 10.7.1980 – III ZR 23/79, NJW 1980, 2573, 2575).

Diese Rechtsprechung ist auf den Fall der Abgabe einer unrichtigen Erklärung durch einen Notar zu übertragen. Deshalb braucht sich der Kläger ein Mitverschulden nicht anrechnen zu lassen.

8. Zur **Schadenhöhe** ist den Feststellungen des Berufungsgerichts zu entnehmen, daß aus

dem angelegten Betrag eine Vorabverzinsung von 10.200 DM sofort wieder an den Kläger ausbezahlt wurde. Dann beläuft sich sein Schaden auf (255.000 DM abzgl. 10.200 DM \Rightarrow) 244.800 DM. Zinsen von diesem Betrag stehen dem Kläger gemäß § 284 Abs. 1 Satz 2, § 288 Abs. 1 Satz 1 BGB in Höhe von 4% seit dem 25.8.1993 zu. Für einen höheren Zinssatz oder einen früheren Zinsbeginn fehlt es an hinreichendem Vortrag. Auf den mit der EOFC geschlossenen Vertrag kann der Kläger sein Begehren nicht stützen, weil er lediglich das negative Interesse ersetzt verlangen kann.

Steuerberaterhaftung

- Versteuerung stiller Reserven
- Schaden?
- Beratungsgerechtes Verhalten
- Vermeidung der Entnahme?

(OLG Hamm, Urt. v. 13.12.1995 – 25 U 19/95)

Leitsatz (d. Red.):

Beim „Abgleiten“ von Wirtschaftsgütern des Sonderbetriebsvermögens in das Privatvermögen entsteht eine steuerliche Belastung, die keinen Schaden begründet. Vielmehr wird ein tatsächlich vorhandener Betriebsgewinn besteuert, der dem Vermögen des Mandanten zugute gekommen jedoch als stille Reserve nicht steuerlich aufzudecken war. Der Mandant realisiert Vermögen und ermöglicht die Nutzung des Gewinns.

Zum Sachverhalt:

Im vorliegenden Verfahren begehrt der Kläger von der Beklagten Erstattung der steuerlichen Mehrbelastung, die ihm durch ein „Abgleiten“ eines ursprünglichen Betriebsgrundstücks in das Privatvermögen entstanden sei und die bei umfassender Beratung durch die Beklagte hätte vermieden werden können.

Der Kläger war ebenso wie die im Jahre 1991 verstorbene Frau L. zu 38,10% an der G+C

GmbH & Co. KG (in folgenden: G+C) beteiligt. Einen weiteren Anteil von 20% hielt Herr L. und den restlichen Anteil ein Herr V.

Die G+C betrieb einen Großmarkt in B. Das Betriebsgrundstück mit dem Betriebsgebäude hatte sie von der 1977 gegründeten L. und S. KG (im folgenden: L+S KG) gemietet. An dieser waren zu 42,5% der Kläger und Frau L. sowie zu 15% die ursprüngliche Grundstückseigentümerin, die Landwirtin T., die das Grundstück in die KG eingebracht hatte und auf dem die KG dann 1978/79 eine Verkaufshalle errichtete, beteiligt.

Die Beklagte war seit 1968 steuerlicher Berater der G+C und seit 1978 auch steuerlicher Berater der L+S KG. Außerdem war sie die steuerliche Beraterin der Frau L. In den von der Beklagten erstellten steuerlichen Bilanzen wurde das genannte Grundstück seit 1948 als Betriebsgrundstück der L+S KG ausgewiesen, dem auch das Finanzamt bei der Festsetzung der Steuer folgte, allerdings in den Steuerbescheiden für die Jahre ab 1985 unter Vorbehalt. Am 31.10.1985 wurde die G+C mit Wirkung zum 1.11.1985 an die Firma H. veräußert, so daß ab diesem Zeitpunkt keine Beteiligung des Klägers und der Frau L. mehr an dieser Firma bestanden.

In einer im Oktober 1989 durchgeführten Betriebsprüfung kam das zuständige Finanzamt D. zu dem Ergebnis, daß die L+S KG im steuerlichen Sinne keine Personenhandels-gesellschaft darstelle, da sie kein Handelsgewerbe, sondern eine reine Vermögensverwaltung betreibe und somit steuerlich nur eine Schein-KG sei. Dies hatte zur Folge, daß das Grundstück nicht mehr als Betriebsgrundstück der L+S KG, sondern bis zur Beteiligung des Klägers und der Frau L. an der G+C als Sonderbetriebsvermögen dieser Firma und ab der Veräußerung der Beteiligungen an der G+C nur noch als Privatvermögen der Gesellschafter der L+S KG angesehen wurde.

Deshalb wurden die Mieteinnahmen für das Grundstück ab dem 1.11.1985 nicht mehr als Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb der L+S KG, sondern als Einkünfte der Gesellschafter aus Vermietung und Verpachtung behandelt. Damit entfiel einerseits die Verpflichtung zur

Gewerbesteuerzahlung, andererseits aber konnten die aufstehenden Gebäude nicht mehr nach den erhöhten Abschreibungssätzen aus § 7 Abs. 5 Nr. 1 EStG innerhalb von 25 Jahren, sondern nur noch nach den niedrigeren Abschreibungssätzen aus § 7 Abs. 5 Nr. 2 EStG innerhalb von 50 Jahren abgeschrieben werden. Ferner waren mit dem Übergang des Grundstücks vom Betriebsvermögen in das Privatvermögen die stillen Reserven daran offenzulegen und als Entnahmeeinkommen zu versteuern. Das Finanzamt ging dabei von einem Verkehrswert von 2.474.000 DM gegenüber einem Buchwert von 1.824.541 DM aus und setzte danach den Entnahmegewinn auf 649.459 DM fest, so daß auf den Kläger und Frau L. entsprechend ihrer Beteiligung an der L + S KG hiervon jeweils 276.020 DM entfielen.

Der Kläger hat behauptet, durch diesen Vorgang habe sich die von ihm für die Jahre 1985 bis 1989 zu zahlende Einkommensteuer um 129.423 DM erhöht. Hinzu komme eine steuerliche Mehrbelastung infolge der geringeren Abschreibungssätze von 223.438 DM bis zum Jahre 2036, die abgezinst auf dem Zeitpunkt der Klageerhebung im November 1992 mit 44.721 DM zu veranschlagen sei. Der Kläger hat die Ansicht vertreten, die steuerliche Mehrbelastung wäre vermeidbar gewesen, wenn das vermietete Grundstück weiterhin als Betriebsgrundstück zu behandeln gewesen wäre. Das aber hätte durch eine Aufnahme einer GmbH in die L + S KG erreicht werden können. Hierauf hätte ihn die Beklagte im Rahmen der steuerlichen Beratung der L + S KG hinweisen müssen und zwar nach Erlaß des Grundsatzurteils durch den BFH am 18.7.1979 (*BStBl II 1979, 750*).

Hierin hatte der BFH entschieden, daß bei einer Betriebsaufspaltung eine reine Personengesellschaft, deren Zweck nur in der Zurverfügungstellung des Betriebsgrundstücks liege, nicht mehr als eigenständiger Gewerbebetrieb angesehen werden dürfe.

Um weiterhin das fragliche Grundstück als eigenständiges Betriebsvermögen der L + S KG zu erhalten, hätte deshalb innerhalb der von der Finanzverwaltung hierzu durch Erlaß vom 10.12.1979 (*BStBl I 1979, 683*) eingeräumten Übergangsfrist bis Ende 1984 eine GmbH als Komplementärin in die L + S KG aufgenommen

werden können, so daß auch beim Verkauf der G + C das Grundstück nicht in das Privatvermögen der Gesellschafter abgeglitten wäre. Der Kläger hat weiter behauptet, die Mitgesellschafterin Frau L. hätte einer solchen Änderung zugestimmt.

Der ihm, dem Kläger durch die unzureichende Belehrung der Beklagten entstandene Schaden betrage insgesamt 181.703,60 DM, einschließlich 6.761,60 DM für die spätere Hinzuziehung einer anderen Steuerberaterin.

Der Kläger hat beantragt, ... Der Beklagte hat beantragt, ... Die Beklagte hat zunächst darauf verwiesen, daß zwischen ihr und dem Kläger kein Steuerberatungsverhältnis bestehe.

Ferner hat sie die Schadenberechnung des Klägers bestritten, zumal dieser den Wegfall der Gewerbesteuer nicht berücksichtigt habe. Außerdem unterfalle der nunmehr eintretende Wertzuwachs des Grundstücks bei dessen Zugehörigkeit zum Privatvermögen nicht mehr der Einkommensteuer, so daß der Kläger das Grundstück, ohne einkommensteuerpflichtig zu sein, veräußern könne.

Schließlich hat die Beklagte noch dargelegt, daß die Mitgesellschafterin Frau L. einer Umwandlung der L + S KG in eine GmbH & Co. KG nicht zugestimmt hätte, da für sie die Behandlung des Grundstücks als Privatvermögen nur vorteilhaft gewesen sei. Denn auf die aufzudeckende stille Reserve habe sie einen Verlustvortrag verrechnen können, der andernfalls verfallen wäre, so daß sie das Grundstück letztlich einkommensteuerfrei in ihr Privatvermögen habe überführen können. Außerdem sei damit die Gewerbesteuerpflicht entfallen. Das gleiche gelte für die Mitgesellschafterin T., bei der die Grundstücksbeteiligung steuerliche ohnehin stets nur als Privatvermögen behandelt worden sei.

Schließlich hat die Beklagte noch behauptet, über den geplanten Verkauf der Beteiligung nun an der G + C nicht unterrichtet worden zu sein.

Das Landgericht hat nach Einholung eines schriftlichen Gutachtens von dem Sachverständigen, Dipl.-Kfm. D., die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, daß der von der Beklagten unterlassene Hinweis auf die Möglichkeit der Hereinnahme einer Komplementär-

GmbH in die L + S KG, um ein Abgleiten des Grundstücks in das Privatvermögen zu verhindern, nicht adäquat kausal für den geltend gemachten Schaden gewesen sei. Denn nach den Ausführungen des Sachverständigen wäre dies für die Mitgesellschafterin L. steuerlich nur nachteilig gewesen, so daß nicht mit einer Zustimmung der Frau L. zur Änderung der Gesellschaftsverhältnisse hätte gerechnet werden können.

Hiergegen wendet sich der Kläger mit der Berufung.

Er wiederholt und vertieft sein bisheriges Vorbringen. Ergänzend führt er aus, unter Zugrundelegung der damaligen Sicht des Jahres 1985 habe nicht nur mit einem Verkehrswert von 2,4 Mio. DM, wie das Finanzamt schließlich angenommen habe, sondern sogar entsprechend den Mieteinnahmen mit einem Verkehrswert des Grundstücks von 3,9 Mio. DM gerechnet werden müssen, wie sich aus ein vom ihm nunmehr eingeholten Privatgutachten des Architekten F. vom 6.10.1995 ergebe. Unter diesen Umständen wäre aber auch für Frau L. die Beibehaltung des Grundstücks als Betriebsvermögen erstrebenswert geblieben, da ihr Verlustvortrag von 275.895 DM nicht ausgereicht hätte, um die danach aufzudeckende und als Einkommen zu versteuernde stille Reserve abzudecken.

Im übrigen wäre die bloße Möglichkeit, einen Verlustvortrag zu nutzen, für sie kein ihr Handeln bestimmender Vorteil gewesen, wenn sich andererseits das Anfallen von Einkünften schon dadurch hätte vermeiden lassen, daß das Grundstück als Betriebsvermögen beibehalten worden wäre. Aus diesem Grunde müsse davon ausgegangen werden, daß Frau L. der Umwandlung der L + S KG in eine GmbH & Co. KG zugestimmt hätte. Schließlich hätten auch sie die Nachteile durch die verringerten Abschreibungssätze getroffen. Im übrigen sei noch zu bedenken, daß er, der Kläger, bereit gewesen wäre, die Nachteile der Frau L., die nach den Berechnungen des Sachverständigen, Dipl.-Kfm. D., bis zum Jahre 2018 91.632,91 DM betragen hätten, auszugleichen, um sich so seine Steuervorteile, die wesentlich höher gewesen wären, zu erhalten. Ebenfalls hätte auch die Gesellschafterin Frau T. der Aufnahme einer

Komplementär GmbH in die KG zugestimmt, da für sie damit keine Nachteile verbunden gewesen wären.

Bezüglich der Höhe des nunmehr in der Berufungsinstanz noch geltend gemachten Schadens von 168.403,22 DM schließt sich der Kläger den Berechnungen des Sachverständigen, Dipl.-Kfm. D., an.

Der Kläger beantragt, ... Der Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Die Beklagte verteidigt demgegenüber das angefochtene Urteil. Auch sie wiederholt und vertieft dazu ihr bisheriges Vorbringen. Insbesondere weist sie die Behauptung des Klägers zurück, daß 1985 bereits mit einem Verkehrswert von 3,9 Mio. DM für das Grundstück zu rechnen gewesen sei, da ein vom Kläger selbst Ende 1982 eingeholtes Gutachten noch einen Verkehrswert von 2.634.000 DM ergeben habe.

Weiter führt die Beklagte ergänzend aus, daß die Mitgesellschafterin Frau L. wegen der damit für sie verbundenen steuerlichen Nachteile einer GmbH & Co. KG nicht zugestimmt hätte, zumal sie unter Verwendung ihres Verlustvortrages von 275.895 DM ihren Anteil an dem Grundstück auch unter Aufdeckung der stillen Reserven praktisch steuerfrei aus dem Betriebsvermögen in das Privatvermögen überführen habe können mit dem Vorteil, daß die zukünftigen Wertzuwächse bei einer Veräußerung nicht mehr der Einkommensteuer unterlägen. Schließlich wäre auch die Gesellschafterin Frau T. nicht mit der Aufnahme einer Komplementär-GmbH einverstanden gewesen, denn sie habe ihren Anteil an dem Grundstück seit jeher im Privatvermögen gehalten. Bei der Hereinnahme einer GmbH & Co. KG hätte sie dann auf ihre Einnahmen aus dem Privatvermögen noch Gewerbesteuer zahlen müssen.

Zum Schluß verweist die Beklagte noch darauf, daß nach der inzwischen eingetretenen Einkommensentwicklung des Klägers auch für ihn die Vorteile sich vergrößert und die Nachteile sich verkleinert hätten, so daß die Berechnungen des Sachverständigen, Dipl.-Kfm. D., nicht mehr zuträfen.

Wegen des weiteren Vorbringens der Parteien im einzelnen wird Bezug genommen auf den

Inhalt der gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen sowie auf den Inhalt der Sitzungsniederschriften und auf das in 1. Instanz eingeholte Gutachten des Sachverständigen, Dipl.-Kfm. D.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist zulässig, hat aber in der Sache keinen Erfolg.

Zwar kann mit dem Kläger noch davon ausgegangen werden, daß die Beklagte als ständige steuerliche Beraterin der L+S KG ihre Verpflichtung verletzt hat, die Mandantin umfassend zu beraten und auch ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten, damit diese eigenverantwortlich ihre Rechte und Interessen wahrnehmen konnte (vgl. BGH, NJW 1995, 2108/2110 = GI 1995, 178).

Hierzu hätte nämlich gehört, sie auf die Änderung der Rechtsprechung durch das Urteil des BFH v. 18.7.1979 (BStBl II 1979, 750 ff) zum Verhältnis von Mitunternehmerschaft und Betriebsaufspaltung hinzuweisen und sie über die vom Bundesfinanzministerium durch Erlaß vom 10.12.1979 (BStBl I 1979, 683) eingeräumte Anpassungsfrist für bestehende Personengesellschaften zu informieren. Die Pflicht hierzu bestand unabhängig davon, ob der Beklagten die Verkaufsabsichten des Klägers und der Mitgesellschafterin Frau L. bezüglich ihrer Anteile an der G+C bekannt waren, schon allein aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion und des Tätigkeitsbereichs der L+S KG. **Als Gesellschafter der KG war der Kläger insoweit in den Schutzbereich der Beratungsverpflichtung der Beklagten gegenüber der L+S KG mit einbezogen**, da die Auswirkungen der geänderten Rechtsprechung auf die L+S KG ihn auch unmittelbar in seinen steuerlichen Angelegenheiten als Privatmann trafen, wie die weitere Entwicklung des vorliegenden Falles gezeigt hat und was auch die Beklagte hätte erkennen müssen.

Die Klageforderung scheitert aber daran, daß dem Kläger durch den mit dem Verkauf der Anteile an der G+C, wegen der unterbliebenen vorherigen Änderung der L+S KG in eine GmbH & Co. KG, eingetretenen Übergangs des Grundstücks vom Betriebsvermögen in das

Privatvermögen **kein Schaden** entstanden ist, und zwar weder im Hinblick auf die dadurch zu zahlende Einkommensteuer noch bezüglich der Änderung der Abschreibungsmöglichkeit von § 7 Abs. 5 Nr. 1 in § 7 Abs. 5 Nr. 2 EStG.

Bei der Beurteilung dieser Frage kann nicht allein auf den Umstand abgestellt werden, daß durch den **Übergang des Sonderbetriebsvermögens in das Privatvermögen** Einkommensteuer gemäß § 16 Abs. 1 und 3 EStG angefallen ist. **Dabei handelt es sich nämlich lediglich um die Besteuerung eines tatsächlich vorhandenen Betriebsgewinns, der dem Vermögen des Klägers zugute gekommen ist, jedoch als sog. stille Reserve nicht von der Einkommensteuer erfaßt wurde**, weil er bei der Gewinnermittlung für den Betrieb gemäß § 4 EStG durch die von den tatsächlichen Werten und Wertzuwächsen unabhängige Fortführung der Buchwerte gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG nicht aufzudecken war.

Die Offenlegung des tatsächlich vorhandenen Wertes des Betriebsgrundstücks durch dessen Übergang in das Privatvermögen, die letztlich nur eine Realisierung und keine Schädigung des tatsächlich vorhandenen Vermögens darstellt, eröffnet dem Kläger erst die Möglichkeit, diesen Gewinn zu nutzen. Sie bedeutet also lediglich **eine Offenlegung und Umschichtung, aber keine Schädigung seiner Gesamtvermögenslage**, auch wenn dadurch Einkommensteuer auf die bisher stillen Reserven anfiel. Ausgangspunkt für die Frage, ob ein Vermögensschaden gegeben ist, ist die sog. *Differenzhypothese* (vgl. BGH, MDR 1985, 218; VersR 1991, 1172; Späth, Zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 4. Aufl., Rdn. 522; Palandt, BGB 55. Aufl., Vorm. vor § 249, Rdn. 8). Danach aber liegt ein Vermögensschaden nur vor, wenn der jetzige tatsächliche Wert des Gesamtvermögens des Klägers geringer wäre als der Wert, den es ohne den Übergang des Grundstücks vom Betriebsvermögen in das Privatvermögen gehabt hätte.

Dabei kann nicht allein auf die angefallene Einkommensteuer abgestellt werden. **Vielmehr sind in einer Gesamtbetrachtung das jetzige und das hypothetische Vermögen zu vergleichen. Um diesen Vergleich ziehen zu können, ist es jedoch erforderlich, gleichartige Sach-**

verhalte einander gegenüberzustellen also die Verkehrswerte der Vermögen, wie sie sich auch tatsächlich, z.B. durch eine Veräußerung realisieren ließen, da die Annahme eines Vermögensschadens letztlich auf dem Kommerzialisierungsgedanken basiert (vgl. Palandt, a.a.O., Rdn. 10). Bei einer solchen Beurteilung aber ist zu berücksichtigen, daß die stillen Reserven im bisherigen Sonderbetriebsvermögen des Klägers latent mit der Einkommensteuerschuld belastet waren, die sich bei einer kommerziellen Verwertung des Vermögens stets konkretisiert hätte. Letztlich ist somit das Vermögen des Klägers durch den Übergang des Grundstücks vom Betriebsvermögen in das Privatvermögen wertmäßig nicht verändert worden, und zwar unabhängig davon, ob Verkaufsabsichten bezüglich des Grundstücks bestehen oder nicht.

Die Vermögenslage des Klägers hat sich also bei objektiver Gesamtbetrachtung nicht verschlechtert, so daß von einer Vermögensschädigung trotz der zu zahlenden Einkommensteuer keine Rede sein kann. **Im Gegenteil kommt hinzu, daß die insoweit nach dem Übergang durch die allgemeine Entwicklung der Grundstücks- und Baupreise eingetretene weitere Wertsteigerung und insbesondere die vom Kläger behauptete Differenz zwischen dem tatsächlichen Verkehrswert und dem vom Finanzamt lediglich angesetzten Entnahmewert wegen der Zugehörigkeit des Grundstücks zum Privatvermögen nicht mehr der Einkommensteuer unterliegt**, was allerdings bei dessen Verbleib im Betriebsvermögen durch den Aufbau weiterer stiller Reserven im Falle einer Kommerzialisierung hätte eintreten können.

Ferner ist auch der vom Kläger wegen der Umstellung der Abschreibungssätze von § 7 Abs. 5 Nr. 1 EStG auf § 7 Abs. 5 Nr. 2 EStG geltend gemachte Schaden nicht gegeben. Dabei stützt sich der Kläger in der Berufungsinstanz auf die Berechnungen des Sachverständigen, Dipl.-Kfm. D. Dieser hat in seinem für das Landgericht erstellten Gutachten den Schaden insoweit ermittelt, indem er das vom Kläger bis zu dessen statistisch voraussichtlichem Lebensende im Jahre 2008 zu versteuernde geschätzte Einkommen einmal unter Berücksichtigung der

Abschreibungssätze nach § 7 Abs. 5 Nr. 1 EStG und einmal unter Berücksichtigung der Abschreibungssätze nach § 7 Abs. 5 Nr. 2 EStG berechnet hat. Die sich so ergebende Differenz bei den bis zum Jahre 2008 voraussichtlich zu zahlenden Steuern hat er dann als den dem Kläger entstandenen Nachteil ausgewiesen.

Dieser Ansatz aber entspricht nicht nach der Differenzhypothese anzuwendenden objektiven wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung des Vermögens. Sie erfordert hier eine Bewertung des Vermögens losgelöst von der Person des Klägers, da die Abschreibungsmöglichkeit nach § 7 Abs. 5 EStG nämlich nicht an die voraussichtliche Lebenserwartung des Klägers geknüpft, sondern von dieser unabhängig ist und im Wege der Gesamtrechtsnachfolge gemäß § 70 Abs. 1 AO auf den Rechtsnachfolger übergehen kann. Das aber bedeutet, daß unabhängig von der Lebenserwartung des Klägers eine vollständige 100%ige Abschreibung der auf dem Grundstück errichteten Gebäude möglich ist und zwar sowohl gemäß § 7 Abs. 5 Nr. 1 EStG als auch nach § 7 Abs. 5 Nr. 2 EStG. **Der Unterschied zwischen beiden Abschreibungsmöglichkeiten liegt nur in der Dauer.** Während die vollständige Abschreibung nach Nr. 1 bereits nach 25 Jahren erreicht wird, sind hierzu nach Nr. 2 50 Jahre erforderlich.

Der Vorteil der Abschreibung nach § 7 Abs. 5 Nr. 1 EStG liegt also nicht in einer größeren Abschreibungsmöglichkeit, auf die letztlich aber der Sachverständige durch die zeitliche Begrenzung in seiner Berechnung abgestellt hat, sondern in einem kürzeren Abschreibungszeitraum. Der Vermögensschaden des Klägers könnte somit allenfalls darin liegen, daß die **durch die Abschreibung bewirkte Liquiditätserhöhung gestreckt worden ist.** Ob aber insoweit im Hinblick auf die Einkommensentwicklung und unter Berücksichtigung des einkommensteuermäßigen Progressionsbereichs in dem sich eine gestrecktere Abschreibung letztlich auswirken wird, tatsächlich ein finanzieller Nachteil in Betracht kommt, hat der Kläger nicht dargelegt und diesen Schaden auch nicht geltend gemacht, so daß insoweit auch nicht dem hilfsweise gestellten Feststellungsantrag stattgegeben werden kann, zumal nach dem Wegfall der Gewerbesteuer nicht ohne weiteres davon aus-

gegangen werden kann, daß insoweit überhaupt ein Schaden gegeben ist.

Selbst wenn man aber mit dem Kläger entgegen den vorstehenden Ausführungen von einem Vermögensschaden bezüglich der Einkommensteuer und der Änderung der Abschreibungssätze ausginge, so fehlt es für einen Schadenersatzanspruch aus dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung wegen unvollständiger steuerlicher Beratung aber noch an dem **Ursachenzusammenhang** zwischen der schuldhaften Pflichtverletzung der Beklagten und dem geltend gemachten Schaden. Denn es kann nicht festgestellt werden, daß es bei einer umfassenden Beratung über die steuerlichen Zusammenhänge nicht zu dem Übergang des Grundstücks vom Betriebsvermögen in das Privatvermögen gekommen wäre.

Das Risiko der Beweislast hierfür obliegt dem Kläger, da selbst aus der Sicht eines vernünftig beurteilenden Mandanten die vom Kläger vorgetragene Aufnahme einer GmbH als Komplementärin in die L+S KG nicht als eindeutig bestimmte tatsächliche Reaktion (BGH, NJW 1993, 3259 = GI 1994, 3) auf eine umfassende Beratung nahegelegen hätte.

Um diese Wahrscheinlichkeit prognostizieren zu können, ist hier nämlich nicht allein auf die Interessenlage des Klägers, sondern auf die der Mitgesellschafterinnen L. und T. abzustellen, da sie einer solchen Änderung des Gesellschaftsvertrages ebenfalls hätten zustimmen müssen. Für sie, insbesondere aber für Frau L., war der Übergang des Grundstücks in das Privatvermögen vorteilhaft, so daß auch bei einer umfassenden Information über die steuerlichen Zusammenhänge nicht davon ausgegangen werden kann, daß sie mitgewirkt hätten, um dies zu verhindern.

Für Frau L. fiel bei dem Übergang des Grundstücks aus dem Betriebsvermögen in das Privatvermögen keine Einkommensteuer nach § 16 Abs. 1 und 3 EStG an, weil sie noch einen Verlustvortrag von 275.895 DM aus den Vorjahren hatte, den sie hierfür verwenden konnte und der ansonsten verfallen wäre. Damit bestand für sie die günstige Gelegenheit, das Betriebsgrundstück steuerfrei in ihr Privatvermögen zu überführen, mit dem weiteren Vorteil, daß alle zukünftigen Wertsteigerungen des

Grundstücks bei dessen Zugehörigkeit zum Privatvermögen nicht mehr der Einkommensteuer unterlagen und daß künftig keine Gewerbesteuer mehr auf dem Gewinn aus dem Grundstück anfielen. Allein den letzten Vorteil hat der Sachverständige, Dipl.-Kfm. D., in seinem schriftlichen Gutachten für das Landgericht unter Berücksichtigung einer Abzinsung auf 89.354 DM bis zum Jahre 2018, der statistischen Lebenserwartung der Frau L., beziffert.

Unter diesen Umständen jedoch kann nicht davon ausgegangen werden, daß Frau L. bei Änderung der L + S KG in eine GmbH & Co. KG mitgewirkt hätte, um den Status des Grundstücks als Betriebsvermögen zu erhalten, da dies ihren Interessen zuwidergelaufen wäre. Dies gilt selbst dann, wenn der Kläger angeboten hätte, ihr die mit der Änderung verbundenen Nachteile in Höhe von 91.632,91 DM nach der Berechnung des Sachverständigen, Dipl.-Kfm. D., zu erstatten. Diese Summe betrifft nämlich nur den Aspekt der ersparten Gewerbesteuer. Hinzu aber kommt noch, daß Frau L. damals das Grundstück aufgrund des angesammelten Verlustvortrags, der andernfalls verfallen wäre, steuerfrei dem Betriebsvermögen entnehmen und in das Privatvermögen überführen konnte, verbunden mit dem weiteren Vorteil, daß die zukünftigen Wertsteigerungen des Grundstücks – anders als bei einem Verbleib im Betriebsvermögen – im Falle des Verkaufs nicht mehr der Einkommensteuer unterfielen.

Dies spricht dafür, daß Frau L. der Änderung auch bei einer Ausgleichung der damit verbundenen Gewerbesteuernachteile nicht zugestimmt hätte, da ihr die Eigenschaft des Grundstücks als Betriebsgrundstück darüber hinaus ebenfalls keine Vorteile, sondern nur Nachteile gebracht hätte. Zumindest kann unter diesen Umständen eine Zustimmung der Frau L. zur Änderung der Gesellschaft einer GmbH & Co. KG nicht als sichere Reaktion auf eine umfassende steuerliche Beratung angenommen werden.

An diesen Überlegungen ändert sich auch nichts dadurch, daß der Verkehrswert des Grundstücks nach den Behauptungen des Klägers nicht nur 2.474.000 DM, wie ihn das Finanzamt angenommen habe, sondern 3.900.000

DM betragen habe, so daß Frau L. bei ihren hypothetischen Überlegungen nicht von einer steuerfreien Entnahme hätte ausgehen können, sondern vielmehr den Anfall von Einkommensteuer hätte in Betracht ziehen müssen, wie der Kläger meint. Selbst wenn der tatsächliche Verkehrswert des Grundstücks zum 1.1.1986 so hoch gewesen sein sollte, so steht dem jedoch die Tatsache gegenüber, daß das Finanzamt letztlich nur einen Entnahmewert von 2.474.000 DM angenommen hat, nachdem es ihn zuvor noch auf 3,4 Mio. DM geschätzt hatte, die dann aber in den Verhandlungen mit den Finanzbehörden auf 2.474.000 DM gesenkt werden konnten, wie der Kläger selbst in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat angegeben hat.

Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, daß das Finanzamt eine andere Haltung eingenommen hätte, wenn Frau L. hierzu anlässlich ihrer Überlegungen eine Auskunft eingeholt hätte, zumal der Verkehrswert des Grundstücks nach einem ebenfalls vom Kläger eingeholten Privatgutachten des Architekten F. Ende 1982 noch 2.645.000 DM betrug. Für Frau L. wäre also unabhängig vom tatsächlichen Verkehrswert, stets der Ansatz des Finanzamts die Basis eventueller Überlegungen geblieben. Dabei hätte ein tatsächlicher Verkehrswert von 3.900.000 DM Frau L. nach einer Rücksprache mit den Finanzbehörden erst recht davon abgehalten, den Übergang des Grundstücks in das Privatvermögen unter Zugrundelegung eines Entnahmewerts von 2.474.000 DM zu verhindern.

Außerdem sind auch keine Vorteile ersichtlich, die die dritte Mitgesellschafterin, Frau T., dazu hätten veranlassen können, das Grundstück dem Betriebsvermögen zu erhalten, zumal sie ohnehin nicht an der G + C beteiligt war und der Grundstücksanteil damit, wie auch der Sachverständige, Dipl.-Kfm. D., in seinem Gutachten ausgeführt hat, nicht erst mit dem Verkauf der G + C, sondern schon vorher zu ihrem Privatvermögen gehörte.

Insgesamt läßt sich somit nicht mit der für einen Schadenersatzanspruch notwendigen hinreichenden Sicherheit prognostizieren, daß selbst bei einer umfassenden steuerlichen Aufklärung durch die Beklagte das Grundstück steuerlich als Betriebsgrundstück durch eine Änderung

der bisherigen L + S KG in eine GmbH & Co. KG erhalten geblieben wäre.

Sozietätshaftung

– Gemischte Sozietät

– Gesamtschuldner

(OLG Köln, Urt. v. 3.5.1996 – 11 U 252/95, StB 1997, 77)

Leitsatz:

Grundsätzlich geht das einem sozietäts-angehörigen Anwalt angetragene Mandat im Zweifel an die Sozietät und wird von dem Anwalt auch namens der Sozietät angenommen.

Die Vermutung, sämtlicher Mitglieder einer Sozietät seien Vertragspartner, gilt insbesondere bei einem Prozeßführungsmandat; der Umstand, daß es sich um ein reines Beratungsmandat handelt, kann möglicherweise dagegen sprechen. Bei sog. gemischten Sozietäten tritt die Mithaftung nur für diejenigen Sozien ein, die auf dem Berufsgebiet, bei dessen Bearbeitung eine Pflichtverletzung vorgekommen ist, nach dem Gesetz auch tätig sein dürfen. Der Steuerberater-Sozius haftet daher nicht für eine nicht nur steuerlich relevante, ihm selbst also gem. § 1 RBerG verbotene Rechtsberatung durch seinen Anwaltssozius, wohl aber dieser für eine steuerliche Falschberatung eines mit ihm assoziierten Steuerberaters, weil auch der Rechtsanwalt zur Hilfeleistung in Steuersachen gem. § 3 Abs. 1 BRAGO und § 3 Nr. 2 StBerG befugt ist.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht gegen sämtliche Beklagten Schadenersatzansprüche wegen falscher anwaltlicher Beratung geltend.

Auf Empfehlung seines Steuerberaters T. wandte sich der Beklagte am 13.5.1993 telefonisch und am 14.5. schriftlich an den Beklagten zu 1) und bat um anwaltliche Hilfe bei der Aus-

arbeitung eines Vertrages über den Verkauf seiner Versicherungsmakleragentur. Die Parteien streiten darüber, ob der Beklagte zu 1) allein oder mit ihm die in einer Sozietät – zumindest einer sogenannten Außensozietät – damals mit ihm verbundenen Beklagten zu 2) bis 10) und auch der Beklagte zu 11), ein nicht im Briefkopf der „Kanzlei E.“ aufgeführter, bei dem Beklagten zu 1) angestellter Steuerberater, Vertragspartner des Klägers geworden sind oder jedenfalls wie solche für fehlerhafte Ausführung des Mandates haften.

Das Landgericht hat durch Teilurteil vom 27.10.1995 die Klage gegen die Beklagten zu 2) bis 11) abgewiesen, weil der Kläger dem Beklagten ein Einzelmandat erteilt habe.

Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Diese war teilweise begründet. Sie führte zur Aufhebung des angefochtenen Urteils, soweit seine Klage gegen die Beklagten zu 2) bis 10) abgewiesen wurde. Bezüglich der Klageabweisung auch gegen den Beklagten zu 11) bleibt das Rechtsmittel hingegen erfolglos.

Aus den Gründen:

„... Das angefochtene Urteil beruht, soweit es die gegen die Beklagten zu 2) bis 10) gerichtete Klage betrifft, auf einem wesentlichen Verfahrensmangel.

Das Landgericht hat erhebliches Vorbringen des Klägers übergangen. Es hat ein Einzelmandat des Beklagten zu 1) bejaht, ohne der wiederholten und unter Beweis gestellten Behauptung des Klägers nachzugehen, daß sein Steuerberater T. ihm nicht den Beklagten zu 1) speziell und persönlich, sondern allgemein die Kanzlei E. empfohlen habe. Dabei hat es dem Umstand, daß der Kläger in der Klageschrift zunächst einen Auftrag an den Beklagten zu 1) behauptet hatte, eine unangemessene Bedeutung beigelegt. Wenn der Kläger damit ein Einzelmandat des Beklagten zu 1) hätte behaupten wollen, hätte er gewiß nicht die Sozietät verklagt.

Nach dem Grundsatz, daß das einem sozietätsangehörigen Anwalt angetragene Mandat im Zweifel an die Sozietät geht und auch von dem Anwalt namens der Sozietät angenommen wird,

war dieser Punkt zunächst auch ohne Bedeutung. Denn die Beklagten hatten bis dahin ihre gemeinschaftliche Haftung für eine etwaige Falschberatung noch nicht in Zweifel gezogen. Ungerechtfertigt war es auch, es als unstreitig zu behandeln, daß der Zeuge T. den Beklagten zu 1) und zwar nur ihn, seit etwa 15 Jahren kannte. Dies hatte zwar der Beklagte zu 11) im Schriftsatz vom 27.9.1995 behauptet, der Kläger war dem aber in seinem nachgelassenen Schriftsatz vom 10.10.1995 entgegengetreten und hatte diese Behauptung zulässigerweise mit Nichtwissen bestritten und ergänzend vorgetragen, wenn es doch so gewesen sein sollte, dann habe er jedenfalls davon nichts gewußt.

Die vorgetragenen objektiven Umstände reichen nicht aus, um eine Ausnahme von dem Prinzip der Gemeinschaftsmandatierung zu belegen. Zwar ist es richtig, daß nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs die Vermutung, sämtliche Mitglieder einer Sozietät seinen Vertragspartner, bei einem Prozeßführungsmandat in besonderem Maße gilt und daß der Umstand, daß es sich um ein reines Beratungsmandat handelt, möglicherweise dagegen sprechen kann (vgl. *einerseits* BGH, NJW 1994, 257, und *andererseits* BGH, NJW 1971, 1801, 1803). Daraus folgt aber nicht, daß für Beratungsmandate die Sozietätsvermutung von vornherein nicht oder nur stark abgeschwächt gilt.

Daß der Kläger sein Auftragsschreiben vom 14.5.1993 an den Beklagten zu 1) persönlich gerichtet hat, muß ebenfalls nicht notwendig zur Annahme des Vorliegens eines Einzelmandates führen. Denn das von dem Beklagten zu 11) verfaßte Antwortschreiben vom 9.6.1993 war schon dem äußeren Bild nach geeignet, den Eindruck hervorzurufen, daß der Auftrag von der im Briefkopf ausgewiesenen Sozietät übernommen wurde. Dafür spricht auch die Formulierung des Schreibens, die ständige Verwendung des ‚wir‘ und die Unterzeichnung durch den Beklagten zu 11) ohne irgendeinen auf ein bloßes Auftragshandeln, geschweige denn ein solches nur für den Beklagten zu 1), hinweisenden Zusatz. Der Kläger hat offenbar diese Betreuung durch die Sozietät akzeptiert und von nun an seine Schreiben nicht mehr an den Beklagten zu 1) persönlich, sondern an die Anwaltskanzlei E.

adressiert und mit der namentlichen Anrede des Beklagten zu 11), nicht des Beklagten zu 1) begonnen.

Es kommt also entscheidend auf die noch nicht aufgeklärten Umstände der Kontaktaufnahme des Klägers mit dem Beklagten zu 1) bzw. der Kanzlei E. an. Da der Teil des Rechtsstreits, der die Klage gegen den Beklagten zu 1) betrifft, ohnehin noch in erster Instanz anhängig und der durch die Verschiebung des Verkaufstermins für die Agentur des Klägers in das Jahr 1994 dem Kläger angeblich entstandenen Schaden in vollem Umfang streitig ist, verfährt der Senat nach § 539 ZPO und überläßt die erforderliche weitere Aufklärung insgesamt dem Landgericht.

Auf den Beklagten zu 11) lassen sich die Grundsätze über die Mithaftung der Sozien oder Scheinsozien eines Anwalts dagegen nicht übertragen. Denn er ist nicht Rechtsanwalt und kann also nicht Mitglied einer Anwaltssozietät sein. Ein mit ihm geschlossener Rechtsberatungsvertrag wäre, soweit er sich nicht auf die Beratung in steuerlichen Fragen beschränkte, gemäß § 1 RBerG nichtig. Bei sog. gemischten Sozietäten tritt die Mithaftung nur für diejenigen Sozien ein, die auf dem Berufsgebiet, bei dessen Bearbeitung eine Pflichtverletzung vorgekommen ist, nach dem Gesetz auch tätig sein dürfen (*Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, Kapitel VII Rdn. 15*). So haftet z.B. der Steuerberater-Sozios nicht für eine nicht nur steuerlich relevante, ihm selbst also gemäß § 1 RBerG verbotene Rechtsberatung durch seinen Anwaltssozios, wohl aber dieser für eine steuerrechtliche Falschberatung eines mit ihm assoziierten Steuerberaters, weil auch der Rechtsanwalt zur Hilfeleistung in Steuersachen gemäß § 3 Abs. 1 BRAGO und § 3 Nr. 2 StBerG befugt ist (*BGH, NJW 1982, 1866*).

Was aber für den mit Rechtsanwälten in Sozietät arbeitenden Steuerberater gilt, muß ebenso für den Steuerberater gelten, mit dem eine Sozietät allenfalls dem Anschein nach besteht. Nicht einmal dann, wenn der vom Kläger erteilte Auftrag auch die Beratung beim Verkauf seiner Agentur in steuerlicher Hinsicht mit umfaßt hätte, wäre eine Scheinsozietät des Beklagten zu 11) in seiner Eigenschaft als Steuerberater relevant. Das Auftragsschreiben des Klägers vom 14.5.1993

läßt indessen einen derartigen Auftragsinhalt nicht erkennen und ebensowenig der ihm vom Beklagten zu 11) mit Schreiben vom 9.6.1993 übersandte Vertragsentwurf nebst Kommentierung in dem Aktenvermerk. Dort sind nur praktische und rechtliche Fragen erörtert.

Im Schreiben vom 16.6.1993 sind zwar auch steuerliche Aspekte des Agenturverkaufs angesprochen, und vor allem behauptet der Kläger ja gerade, er sei von dem Beklagten zu 11) in einer steuerlichen Frage, nämlich in Bezug auf die Bedeutung des Zeitpunktes des Verkaufs für seine steuerliche Belastung, falsch beraten und dadurch geschädigt worden. Eine solche Beratung im Zusammenhang mit einer Vertragsausarbeitung, also im Hinblick auf steuerliche Auswirkungen des Vertrages, fällt aber nicht mehr in das Betätigungsfeld eines Steuerberaters (*OLG Hamm, DB 1986, 32; Gehre, StBerG § 33 Rdn. 16*).

Eine Haftung des Beklagten zu 11) als Scheinsozios der übrigen Beklagten kommt nach Auffassung des Senats aber auch schon deshalb nicht in Betracht, weil er nicht im Briefkopf der Kanzlei E. aufgeführt war. Denn damit war in ganz wesentlicher Hinsicht an dem Auftreten der Rechtsanwälte als Gemeinschaft im Rechtsverkehr nicht beteiligt. Daß es in Rechtsanwaltskanzleien auch angestellte qualifizierte Mitarbeiter gibt, sowohl Anwälte als auch Steuerberater, ist so verbreitet, daß der Kläger mit dieser Möglichkeit rechnen mußte, als ihm in dem Beklagten zu 11) ein nicht als Sozios firmierender Ansprechpartner entgegentrat...

GI Leitsatz

Mietvertrag mit Angehörigen / Fremdvergleich

Bei der im Rahmen des Fremdvergleichs für die Beurteilung eines Mietvertrages zwischen Angehörigen maßgebenden Gesamtheit der objektiven Gegebenheiten schließt nicht jede geringfügige Abweichung einzelner Merkmale vom Üblichen notwendigerweise die steuerliche Anerkennung des Vertragsverhältnisses aus. (*BFH, Urt. v. 15.10.1996 – IX R 6/95, BFH/NV 1997, 185*)

Honoraranspruch des Steuerberaters

- Fälligkeit
- Mandatsende
- Zeitgebühr
- Rechnungsmängel
- Verzug des StB

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.6.1996 – 13 U 100/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Das Steuerberaterhonorar wird fällig, wenn der Auftrag erledigt oder beendet ist. Erledigung tritt mit Verfügbarkeit über das Arbeitsergebnis ein.

2. Der vorleistungspflichtige Steuerberater muß bei Mandatsende fertige Arbeiten dem Mandanten anbieten, um zu verhindern, daß ein Berufskollege mit der Erledigung der Arbeiten erneut beauftragt wird.

3. Eine Zeitgebühr kann aus § 21 Abs. 1 StBGebV nicht hergeleitet werden: Satz 1 begründet eine Wertgebühr; Satz 2 verlangt eine Beratung in steuerstrafrechtlichen, bußgeldrechtlichen oder sonstigen Angelegenheiten, in denen die Gebühren nicht nach dem Gegenstandswert berechnet werden. Hierbei handelt es sich nicht um eine Zeit- sondern eine Betragsrahmengebühr von 25 bis 335 DM.

4. Eine Zeitgebühr ist nach § 35 Abs. 3 StBGebV nicht einforderbar und klagbar, wenn der Rechnung nicht zu entnehmen ist, welcher Zeitaufwand auf die Rechnungsposition entfallen ist. Gemäß § 13 StBGebV muß der jeweilige Stundensatz und die vorgenannte Vorschrift angegeben werden.

5. Inhaltliche Mängel einer Rechnung lassen sich durch Erläuterungen nicht korrigieren.

6. Steuerberater kommen mit der Erfüllung Ihrer Vertragspflichten nicht allein durch Ablauf der hoheitlich festgesetzten Fristen des Finanzamts, sondern in der Regel erst durch Nichterfüllung trotz Mahnung.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist teilweise begründet. Die Beklagte ist verpflichtet, an den Kläger über die erstinstanzlich zuerkannten 1.205,21 DM hinaus weitere 2.102,39 DM zu zahlen.

Die Anschlußberufung hat in der Sache keinen Erfolg.

I. Zur Berufung:

1. Gewerbesteuererklärung für das Jahr 1986 nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekapi tal/Umsatzsteuererklärung für das Jahr 1986

Der Kläger kann die für die Fertigstellung der vorgenannten Steuererklärungen berechneten Gebühren nicht beanspruchen. Die **Vergütung des Steuerberaters ist gemäß § 7 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist. Ein Auftrag ist erledigt, sobald dem Auftraggeber die Arbeitsergebnisse verfügbar gemacht worden sind** (Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., § 7 Anm. 4).

Hier hat der Kläger die Steuererklärungen erst mit Schriftsatz vom 2.12.1994, also mehrere Jahre nach der Beendigung des Mandatsverhältnisses, überreicht. Zwar ist der Steuerberater wegen bestehender Gebührenforderungen **berechtigt, seine Arbeitsergebnisse zurückzubehalten** (BGH, NJW 1988, 2607, 2608). Ein solches Zurückbehaltungsrecht ist hier aber nicht geltend gemacht worden. **Der vorleistungspflichtige Kläger hätte die fertigen Steuererklärungen unmittelbar nach dem Mandatsende zumindest anbieten müssen, um der Beklagten die Möglichkeit zu geben, die Arbeitsergebnisse noch nutzen zu können.** So aber war die Beklagte gezwungen, dem neuen Steuerberater auch diese Angelegenheiten erneut zu übertragen.

Sieht man von diesen grundsätzlichen Erwägungen einmal ab, so hat das Landgericht dem Kläger zu Recht nur eine 2/10-Gebühr nach § 24 Abs. 1 Nr. 5a StBGebV zugesprochen. Maßgebend für die Wahl des Rahmensatzes ist der Aufwand, der bei der Ermittlung der Hinzurechnungen und Kürzungen entsteht. Gewerbesteuererklärungen, die – wie im vorliegenden

Fall – keine Zu- und Abrechnungen enthalten, sind mit einem unteren Rahmensatz angemessen honoriert (vgl. Eckert/Böttcher, a.a.O., 2. Aufl., § 24 Abs. 1 Nr. 5 Anm. 3).

Die vorgelegte Gewerbesteuererklärung für das Jahr 1986 nach dem Kapital besteht darin, daß der Kläger in das Formular eine Zahl eingetragen hat, nämlich den seit Jahren unveränderten Einheitswert des Betriebes. Dafür verlangt er eine Gebühr von 306,70 DM.

2. Aufstellung des Jahresabschlusses per 31.12.1986

Die für die Aufstellung des Jahresabschlusses per 31.12.1986 berechnete Gebühr von 1.589,50 DM kann der Kläger dagegen beanspruchen. Die Auffassung des Landgerichts, die Abrechnung genüge nicht den Anforderungen des § 9 Abs. 2 StBGebV, vermag der Senat nicht zu teilen. **Der Kläger hat den Gegenstandswert in der Rechnung angegeben. Zu weiteren Erläuterungen ist er nach der Steuerberatergebührenverordnung bei Rechnungserteilung nicht verpflichtet.** Erklärungsbedarf hat auf seiten der Beklagten auch gar nicht bestanden.

Die Frage, ob und in welchem Umfang die Leistung des Klägers brauchbar war, ist Gegenstand der erstinstanzlichen Beweiserhebung gewesen. Der Sachverständige ist in seinem Gutachten vom 26.2.1993 zu dem Ergebnis gelangt, daß der Kläger nach den gegebenen und gebotenen Möglichkeiten seiner Verpflichtung, einen ordnungsgemäßen und vollständigen Jahresabschluß zu erstellen, nachgekommen sei. Im Rahmen seiner mündlichen Anhörung hat der Sachverständige ergänzend ausgeführt, daß er seine Feststellungen aufgrund von Stichproben getroffen habe. Soweit die Beklagte vorträgt, daß noch Ergänzungen und Erweiterungen erforderlich gewesen seien, ist darauf hinzuweisen, daß der Kläger mit 17/10 eine um 6/10 unter der Mittelgebühr liegende Vergütung geltend macht.

3. Rat oder Auskunft wegen Buchführung, Bilanzierung usw.

Das Landgericht hat die geltend gemachten 1.700 DM zu Recht nicht zuerkannt. Die Berechnung des Honorars entspricht nicht den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Rech-

nungserteilung nach § 9 StBGebV. **Der Kläger fordert eine Zeitgebühr gemäß den §§ 21 Abs. 1, 35 Abs. 3 StBGebV. Für die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft steht dem Steuerberater nach § 21 Abs. 1 Satz 1 StBGebV aber keine Zeit-, sondern eine Wertgebühr zu.** Daß die Voraussetzungen des § 21 Abs. 1 Satz 2 StBGebV vorliegen, also eine Beratung in steuerstrafrechtlichen, bußgeldrechtlichen oder sonstigen Angelegenheiten, in denen die Gebühren nicht nach dem Gegenstandswert berechnet werden, ist nicht dargelegt. Im übrigen kann der Steuerberater in diesen Fällen auch keine Zeit-, sondern eine Betragsrahmengebühr von 25 bis 335 DM beanspruchen.

Die nach § 35 Abs. 3 StBGebV berechnete Zeitgebühr ist nicht einforderbar und klagbar, weil der Rechnung nicht zu entnehmen ist, welcher Zeitaufwand auf diese Position entfällt. Es hätten auch die Vorschrift des § 13 StBGebV und der jeweilige Stundensatz angegeben werden müssen. Die Erläuterungen des Klägers im Prozeß führen nicht dazu, daß von einer ordnungsgemäßen Abrechnung die Rede sein kann. **Inhaltliche Mängel einer Rechnung lassen sich im Prozeß nicht korrigieren, da das Unterschriftserfordernis zu beachten ist,** durch das die Verantwortlichkeit des Steuerberaters für die Richtigkeit seiner Abrechnung in zivilrechtlicher, strafrechtlicher und standesrechtlicher Hinsicht sichergestellt werden muß (OLG Düsseldorf – 18. Zivilsenat – GI 1990, 113, 114).

4. Gebühren für die Vertretung im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren

Der Kläger kann gemäß § 41 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 StBGebV für die Einlegung des Einspruchs gegen den Umsatzsteuerbescheid für 1986 ein Honorar von 254,70 DM beanspruchen. Das Handeln des Klägers hat die Beklagte, wie ihr Schreiben vom 28.6.1989 verdeutlicht, zumindest genehmigt. Die Berechnung des Gebührenanspruchs entspricht ansonsten der Vorschrift des § 9 StBGebV. Zwar hat der Kläger den **Rahmensatz nicht angegeben.** Die berechnete 3/10-Mindestgebühr läßt sich aber aus dem angegebenen Gegenstandswert und der angesetzten Gebühr ohne weiteres ermitteln.

Die für die Einlegung der übrigen Einsprüche berechneten Gebühren kann der Kläger dagegen nicht beanspruchen. Die Beklagte stellt in Abrede, dem Kläger einen entsprechenden Auftrag erteilt zu haben. Auf die Vollmacht von Januar 1981, die das Außenverhältnis der Parteien betrifft, kann sich der Kläger nicht berufen. Es ist selbstverständlich, daß er nicht eigenmächtig Gebührentatbestände schaffen darf. Der Zahlungsanspruch des Klägers ist auch nicht nach den Regeln über die Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 ff BGB) begründet. Der Kläger legt nicht konkret dar, daß die Einlegung der Einsprüche dem Interesse und dem wirklichen oder dem mutmaßlichen Willen der Beklagten entsprochen habe.

5. Der Kläger kann nach allem noch weitere 1.844,20 DM zuzüglich 258,19 DM (14 % Mehrwertsteuer), insgesamt also 2.102,39 DM, beanspruchen.

Die von der Beklagten erhobene Verjährungseinrede greift nicht durch. **Nach § 196 Abs. 1 Nr. 14 BGB verjähren Ansprüche des Steuerberaters wegen seiner Gebühren und Auslegen in zwei Jahren.** Die Verjährung beginnt gemäß §§ 198, 201 BGB mit dem Ende des Jahres, in welchem der Anspruch fällig geworden ist. Die Angelegenheiten, für die dem Kläger nunmehr eine Gebühr zuerkannt wird, waren im Jahre 1986 noch nicht abschließend bearbeitet. Die Verjährungsfrist für die Gebührenansprüche, die ihre Grundlage in den im Jahre 1987 erledigten Angelegenheiten haben, ist aber durch die Zustellung des Mahnbescheids vom 7.9.1989 unterbrochen worden.

6. Der Zinsanspruch findet seine Rechtsfertigung in den §§ 291, 288 Abs. 1 BGB.

Der weitergehende Zinsanspruch ist nicht begründet. Die dem Kläger zugesprochene Vergütung ist erst nach der Vorlage der berechtigten Honorarrechnung vom 10.6.1994 einforderbar und klagbar geworden.

II. Zur Anschlußberufung:

Die Anschlußberufung ist nicht begründet. Der Beklagten stehen aufrechenbare Ansprüche in Höhe von 466 DM nicht zu.

1. Grundsätzlich hat ein Steuerberater, der für eine nicht fristgerechte Steueranmeldung ver-

antwortlich ist, dem Mandanten die vom Finanzamt festgesetzten Verspätungszuschläge zu ersetzen. Gemäß der Abrechnung des Finanzamts vom 8.11.1988 waren die Verspätungszuschläge in Höhe von 300 DM ab 20.10.1988 angefallen. Die Beklagte hat aber nicht substantiiert dargetan, daß sich der Kläger bereits zu diesem Zeitpunkt mit der Fertigstellung der Umsatzsteuererklärung für das Jahr 1986 in Verzug befunden habe. **Ein steuerlicher Berater kommt mit der Erfüllung seiner Vertragspflichten nicht allein deshalb in Verzug, weil Steuererklärungen nicht innerhalb der hoheitlich festgesetzten Fristen beim Finanzamt eingehen. Erforderlich ist in der Regel vielmehr, daß er seine fälligen Dienstpflichten trotz Mahnung nicht erfüllt** (BGH, NJW 1992, 307, 309 = GI 1992, 59). Die Beklagte hat den Kläger aber vor dem 20.10.1988 nicht gemahnt. (...)

Steuerberaterhonorar

- Allgemeine Beratung
- Ordnungsgemäße Rechnung
- Unterschrift

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 12.12.1996 – 13 U 208/95)

Leitsätze:

1. Eine nicht spezifizierte Honorarrechnung mit dem Text „Allgemeine steuerliche und wirtschaftliche Beratung“ genügt nicht den Anforderungen des § 9 StBGebV.

2. Die Übersendung ordnungsgemäßer Honorarrechnungen an den Prozeßbevollmächtigten des Mandanten genügt nicht; ebenso wenig die nach Abschluß der mündlichen Verhandlung überreichte Originalrechnung des Steuerberaters an den Mandanten.

Aus den Gründen:

I.

Der Kläger hat den Beklagten in steuerlicher Hinsicht beraten. Für seine steuerberatende Tätigkeit in der Zeit vom 1.7.1994 bis zum 28.2.1995 begehrt er die Zahlung eines Honorars von insgesamt 16.802,31 DM. Das Landgericht hat den Beklagten durch Versäumnisurteil vom 24.8.1995 zur Zahlung von 8.278,51 DM verurteilt und die weitergehende Klage durch streitiges Urteil abgewiesen, weil die in den Rechnungen vom 1.8., 1.9., 4.10., 2.11. und 1.12.1994 sowie 2.1. und 1.2.1995 jeweils mit der Bezeichnung „Allgemeine steuerliche und wirtschaftliche Beratung“ enthaltenen Positionen nicht spezifiziert und somit auch nicht nachprüfbar seien.

Zur Begründung der gegen den klageabweisenden Teil der Entscheidung gerichteten Berufung überreicht der Kläger zu den genannten Rechnungen Einzelaufstellungen, in denen die ausgeübte steuerliche Beratung unter Angabe der Vorschriften der Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) erläutert ist. Im Anschluß an die mündliche Verhandlung vor dem Senat hat der Kläger mit Begleitschreiben vom 11.11.1996 dem Beklagten die erläuternden Anlagen zu den einzelnen Rechnungen im Original zugeleitet.

II.

Ein klagbarer Anspruch auf Zahlung des Honorars für die allgemeine steuerliche und wirtschaftliche Beratung stand dem Kläger jedenfalls im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung nicht zu. Die genannten Honorarrechnungen des Klägers genügten nicht den Formvorschriften des § 9 StBGebV. Für die Honorarberechnung der als allgemeine steuerliche und wirtschaftliche Beratung beschriebenen Leistungen wäre die Angabe der jeweiligen Gebührevorschriften erforderlich gewesen. In ihrer ursprünglichen Fassung ließen die Rechnungen nicht einmal erkennen, daß der Kläger seine Tätigkeit nach Zeitgebühren abrechnen wollte.

Entspricht die Honorarrechnung nicht den Formvorschriften des § 9 StBGebV, so sind die Vergütungsansprüche nicht einforderbar

und somit auch nicht klagbar (OLG Düsseldorf – 18. Zivilsenat, Urt. v. 26.4.1990 – 18 U 16/90 = GI 1990, 113). Der Kläger war allerdings nicht gehindert, seine Leistungen dem Beklagten erneut in Rechnung zu stellen. Die Gebührenberechnung und die Einzelangaben können getrennt erfolgen.

Die erläuternden Einzelangaben müssen dann aber alle gemäß § 9 GebV erforderlichen Angaben nachholen (OLG Düsseldorf, a.a.O.). Für den Kläger bestand daher **die Möglichkeit, dem Beklagten die beanstandeten Rechnungen erneut unter Beifügung der erläuternden Anlagen zu übersenden und auf diese Weise eine neue und nunmehr den Vorschriften der Gebührenordnung entsprechende neue Rechnung zu erteilen** (Senat, Urt. v. 6.5.1993 – 13 U 86/91 = GI 1994, 16). Indessen lag eine den Formerfordernissen genügende Rechnung bis zur mündlichen Verhandlung am 7.11.1996 nicht vor.

Insbesondere kann nicht festgestellt werden, daß der Kläger dem Beklagten bis zu diesem Zeitpunkt die original unterschriebenen erläuternden Anlagen zu den einzelnen Rechnungen zugeleitet hatte. **Dazu reicht es nicht aus, daß der Kläger, wie er im Senatstermin hat vortragen lassen, die Originalunterlagen dem Prozeßbevollmächtigten des Beklagten übermittelt haben will.** Daß der Kläger im Anschluß an die mündliche Verhandlung die Originalanlagen an den Beklagten übersandt hat, konnte bei der Entscheidung nicht berücksichtigt werden. Ein Anlaß, die mündliche Verhandlung wieder zu eröffnen, besteht nicht.

GI Leitsätze

Steuerberatungs-GmbH/ Verschmelzung

Die Verschmelzung einer Steuerberatungs-GmbH mit einer ein Handelsgewerbe betreibenden GmbH ist unzulässig.
(OLG Hamm, Urt. v. 26.9.1996 – 15 W 151/96, GmbH-StB 1997, 37)

Unternehmensberater / Freiberufliche Tätigkeit? / Ausübung eines Gewerbes

Der Unternehmensberater übt eine freiberufliche Tätigkeit – kein anzumeldendes Gewerbe – aus, wenn diese sich nach einem abgeschlossenen Hochschul- oder Fachhochschulstudium auf eine breitgefächerte Beratungstätigkeit in einem oder mehreren der anerkannten Hauptgebiete der Betriebswirtschaftslehre erstreckt. Die Tätigkeit muß sich auf beratende Funktionen beschränken und darf keine geringfügige Randtätigkeit darstellen.

(OLG Celle, Beschl. v. 26.4.1996 – 2 Ss (Owi) 95/96 – wistra 1996, 320)

Mitteilungspflichten von Notaren nach § 54 EStDV / Verwaltungspraxis / Einkommensteuer

1. Seinem Wortlaut zufolge erfaßt § 54 EStDV nicht nur Verfügungsgeschäfte, sondern auch Verpflichtungsgeschäfte, soweit die Verpflichtung eine Verfügung über Anteile an Kapitalgesellschaften zum Gegenstand hat.

2. Auch die aufschiebend bedingte Verfügung über Anteile an Kapitalgesellschaften unterliegt dieser Mitteilungspflicht.

3. Treuhandverträge unterliegen der Meldepflicht nach § 54 EStDV, soweit sie eine Verfügung über Anteile an Kapitalgesellschaften zum Gegenstand haben. Dies ist der Fall, wenn ein Gesellschafter seinen Gesellschaftsanteil treuhänderisch auf einen anderen Gesellschafter überträgt.

Grundsätzlich nicht von § 54 EStDV erfaßt sind schuldrechtliche Treuhandvereinbarungen, insbesondere die sog. Vereinbarungstreuhand.

4. Die Verpfändung von Anteilen an Kapitalgesellschaften fällt nicht unter § 54 EStDV.

5. Die Fälle der Beglaubigung einer Abschrift (§ 39 BeurkG) oder der Beglaubigung einer Unterschrift (§ 40 BeurkG) fallen nicht unter § 54 EStDV. Diese Vorgänge haben nur formalen Charakter. Die notarielle Beglaubigung einer Abschrift hat nur den Erklärungsinhalt, daß Urschrift und Abschrift äußerlich übereinstimmen.

6. Die Beurkundung nur eines Angebots auf Übertragung eines Anteils an einer Kapitalgesellschaft fällt nicht unter § 54 EStDV.

Dagegen fällt die Annahme eines Angebots auf Übertragung eines Anteils an einer Kapitalgesellschaft zweifelsfrei unter § 54 EStDV, weil durch die Annahme des Angebots das Verpflichtungsgeschäft zustandekommt.

(BdF-Schreiben v. 14.3.1997 – IV B 2 – S 2244 – 3/97)

GI Hinweise

In der Reihe STEUER-TELEX-Beratungsschriften wird von Horst Richter und Hartmut Loy das „Jahressteuergesetz 1997“ vorgestellt. Die grundlegende Reform der Neubewertung des Grundbesitzes und des Erbschaftssteuerrechts sowie die zum Teil einschneidenden Änderungen bei den persönlichen Freibeträgen, beim Versorgungsfreibetrag sowie bei den Steuerklassen, Tarifestufen und Steuersätzen werden in der Broschüre anschaulich dargestellt. Beispiele erleichtern das Verständnis.

(ISBN 3-88606-193-9, Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln, 1997)

Hinzuweisen ist auf die in 4. Auflage erschienenen Beratungsschrift von Stuhmann „Die neue Investitionsförderung in den neuen Bundesländern“. Hier werden die Grundzüge der steuerlichen Förderungsmaßnahmen aufgezeigt. Das Regelungsgeflecht steuerrechtlicher Vergünstigungen soll den wirtschaftlichen Anpassungsprozeß in den neuen Ländern erleichtern. Die Ausführungen von Stuhmann beschränken sich auf die ausführliche Darstellung des Anwendungsbereichs der steuerrechtlichen Regelungen auf der Grundlage der hierzu inzwischen ergangenen Verwaltungsanordnung der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder.

(ISBN 3-88606-195-7, Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln, 1996)

Hartmut Loy legt in überarbeiteter dritter Auflage die STEUER-TELEX-Beratungsschrift „Finanzierungen unter Einsatz von Lebens- und Rentenversicherungen“ vor. Er zeigt Chancen und Risiken bei der Finanzierung bei Berücksichtigung

derartiger Versicherungen. Er gibt einen umfassenden Überblick über die aktuelle Rechtslage und die derzeitigen Problemfelder. Er bietet praxisorientierte Lösungen zur Vermeidung der Steuerschädlichkeit an und weist auf steuerungünstige Gestaltungsmöglichkeiten hin. Zahlreiche Beispiele und Schaubilder tragen zum Verständnis der Möglichkeiten und Risiken bei. (ISBN 3-88606-155-8, Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln, 1996)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-6, 1997)

Abschlußprüfung		
- und Steuerberatung, § 319 HGB	97, 2	
Adelstitel		
- Vermittlung des -	97, 11	
Allgemeine Auftragsbedingungen des WP		
- Haftungsbegrenzung, Nr. 9 AGB 1983	97, 83	
Anderkonto		
- Treuhandbindung	97, 96	
Auskunftsvertrag		
- Stillschweigender Abschluß		
= Bilanz	97, 39	
= Verhandlungen	97, 39	
Belehrungspflicht des RA		
- Frachtvertrag	97, 109	
- Mandatsende	97, 109	
Bekanntgabe des Steuerbescheides		
- an Mandanten statt an Bevollmächtigten	97, 54	
Berufungsbegründungsfrist		
- Verlängerungsantrag		
= Erkrankung der Partei	97, 60	
Beweislast		
- Fehlberatung	97, 117	
= Immobilienerwerb	97, 128	
= Substantiierung	97, 117	
- Kündigungsgrund	97, 6	
Bilanzerstellung		
- Bescheinigung		
= Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	97, 81	
- Dritthaftung	97, 39, 81	
Bußgeld		
- Schaden	97, 32	
Darlegungslast, Regreßanspruch		
- Beratungsfehler	97, 117	
- Schaden, Veräußerungsgewinn § 17, 1, 5 EStG	97, 69	
Dritthaftung		
- Stillschweigender Auskunftsvertrag		
= Bilanz	97, 39	
= Verhandlungen	97, 39	
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		
= Bilanzerstellung	97, 39, 81	
= Mittelverwendungskontrolle	97, 71	
= Testatshaftung	97, 390	
EDV-Fristenkalender		
- Büroorganisation	97, 107	
- und Fristenkalender	97, 107	
- Störfall	97, 107	
Finanzamt		
- Versäumnisse des -	97, 50	
Fortbildungsveranstaltung		
- Werbungskosten	97, 50	
Frachtvertrag		
- Verjährungseintritt	97, 109	
Fristenkontrolle		
- Fristenkontrollbuch		
= EDV-gestütztes	97, 107	
- Fristversäumnis, unverschuldetes		
= Krankheit, Ehefrau	97, 2	
= Rechtsirrtum, Revisionsfrist	97, 106	
= Unterschriftskontrolle	97, 132	
- Organisationsanweisung		
= EDV-Störfall		
Gaststätten-Pachtvertrag		97, 16
GI Aktuell		
- Häusliches Arbeitszimmer	97, 2	
= im Haus des Ehegatten	97, 54	
- Bilanzbuchhalter gg. StBerG	97, 80	
- Körperbehinderte, Kfz-Kosten	97, 132	
- Standardsoftware, Umsatzsteuer	97, 132	
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	97, 80	
GmbH		
- Geschäftsführer		
= Steuerhaftung	97, 2	
Haftungsbeschränkung		
- Haftungshöchstsumme 500.000 DM		
= Nr. 9 AGB/WP 1983	97, 83	
Hausverwaltung		
- Honorar	97, 45	
Nachbesserungsrecht	97, 45	
Honoraranspruch des RA		
- Abtretung des -	97, 6	
Honoraranspruch des StB		
- Abschlagszahlung		
= Verjährungsunterbrechung	97, 29	
- Anerkenntnis des Mandanten	97, 45	
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		
= „Allgemeine Beratung“	97, 152	
= Erläuterungen	97, 150	
= Nachprozeß	97, 152	
= im Prozeßvortrag	97, 152	
= Zeitgebühr	97, 150	
- Fälligkeit, § 7 StBGebV		
= Erledigung	97, 150	
= ohne Rechnung?	97, 29	
- Hausverwaltung	97, 45	
- Hinweis auf Formvorschriften	97, 23	
- Honorarvereinbarung, unwirksame	97, 23	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	97, 23	
= nichtige -, Vergütungsanspruch	97, 23	
= unwirksame Vereinbarung	97, 132	
- Praxistreuhand	97, 51	
- Verjährung des -		
= Abschlagszahlung, Verjährungsunterbrechung	97, 29	
= Verzicht auf -	97, 45	
- Verjährungsbeginn		
= mit Fälligkeit	97, 29	
Verjährungsunterbrechung		
= Abschlagszahlung	97, 29	
- Zeitgebühr		
= § 21 Abs. 1 StBGebV?	97, 150	
= Rechnungsinhalt	97, 150	
Immobilienerwerb		
- Fehlberatung	97, 128	
- Schaden	97, 128	
Information an Vorberater		
- Klagefrist	97, 3	
Investitionszulage		
- Unterschrift	97, 132	
- Wiedereinsetzung	97, 132	
Kausalität		
- zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden		
= Anscheinsbeweis	97, 81	

– Unterbrechung der Kausalität			
= Handlung des Geschädigten	97, 62		
= Familiäre Rücksichtnahme	97, 57		
= Beratungskonformes Verhalten	97, 57		
= Ungesicherte Vorleistung	97, 57		
Konkursverwalter			
– Aussonderungsrechte			
= Sachenrecht, Internationales	97, 124		
= Vorbehaltskauf	97, 124		
– Neugeschäft			
= Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO?	97, 46		
= Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO	97, 46		
– Steuerhaftung	97, 46		
Kündigung des Mandats			
– fristlose –, § 627 BGB	97, 6		
Mandantengelder			
– Herausgabeanspruch	97, 11		
– Nichtigter Mandatsvertrag	97, 11		
Mandantenpflichten			
– Informationen an RA	97, 16		
Mandatsübernahme			
– Belehrungspflicht			
= des Altberaters	97, 55, 109		
– Klagefrist	97, 3		
– Nachfrage beim Vorberater?	97, 3		
Mittelverwendungskontrolle			
– Dritthaftung	97, 71		
– Sicherstellung des Anlegers	97, 71		
– Verjährung, berufsrechtliche?	97, 71		
– Überlegene Sachkunde			
= Mandant, Jurist	97, 109		
Mitverschulden			
– bei Auskunftshaftung	97, 133		
– Informationen an RA	97, 16		
– Informationen an StB	97, 32		
Nachbesserung			
– Mängel in der Hausabrechnung	97, 45		
Nachforderungszinsen, § 233 a AO			
– Verstoß gegen Treu und Glauben	97, 50		
Nachvertragliche Pflichten			
– Belehrungspflicht, Gestaltungsrechte	97, 55		
– Mandatsende, Verjährung	97, 109		
Notar			
– Amtshandlung	97, 133		
– Anderkonto			
= Treuhandbindung	97, 96		
– Anwaltsnotar			
= Abgrenzung RA-Haftung	97, 133		
– Bescheinigung	97, 133		
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität)			
= Erlöserwartung, ungewisse	97, 57		
= Konkursquote	97, 57		
– Treuhandgelder	97, 96		
= ausreichende Sicherheiten	97, 133		
– Vorleistungen, ungesicherte	97, 57		
Partnerschaft			
– Firma „und Partner“	97, 102		
– mit Wirtschaftsprüfer	97, 102		
Praxistreuhand			
– Honorarforderung	97, 51		
Prozeßauftrag			
– Fehler des Gerichts	97, 62		
Prozeßvollmacht			
– Ausschlußfrist zur Vorlage	97, 77		
Rechtsanwalt			
– Sachverhaltsermittlung	97, 16		
– Schutzbereich der Anwaltspflicht			
= Gerichtsfehler			
Revision			
– Frist, Wiedereinsetzung	97, 106		
Sachverhaltsermittlung			
– durch RA	97, 16		
Schaden			
– Bußgeld		97, 32	
– Entnahme		97, 141	
– Immobilienerwerb		97, 128	
– Stille Reserven, Aufdeckung		97, 141	
– Privatgutachten		97, 62	
– Verschmelzung, Kapitalgesellschaften		97, 113	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB			
– Erwerb eines Adelstitels		97, 11	
Sozietät			
– Gesamtschuldner		97, 147	
– Steuerberater und Rechtsanwalt		97, 147	
StB-GmbH			
– Verschmelzung mit Handelsgewerbe		97, 153	
Steuerberater			
– Aufsichtsrat		97, 50	
– Gewerbliche Tätigkeit		97, 50	
– Vertretung des Gesellschafters		97, 50	
– Gewerbebetrieb des Steuerberaters		97, 50	
Steuerhaftung			
– GmbH-Geschäftsführer			
= Strohmann		97, 2	
Steuerverkürzung			
– Leichtfertige –		97, 93	
– durch Steuerberater		97, 93	
– Unrichtige Angaben		97, 93	
Testat			
– Verantwortungsbereich		97, 39	
Treuhand			
– Nichtigter Mandatsvertrag		97, 11	
– Prüfungspflichten			
= Übertragungsmöglichkeit der –		97, 97	
– Verdeckter –			
= Vorsteuerabzug		97, 83	
– Versicherungsschutz		97, 97	
Umsatzsteuer			
– Vorsteuerabzug			
= verdeckte Treuhand		97, 83	
Unterschrift			
– Investitionszulageantrag		97, 132	
– Wiedereinsetzungsantrag		97, 132	
Umwandlung			
– Verschmelzung, fehlerhafte		97, 113	
Verjährung § 12 VVG			
– Beginn		97, 25	
– Haftpflichtversicherung		97, 25	
– Rechtsschutz und Zahlungsanspruch		97, 25	
Verjährung (§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)			
– Arglisteinwand		97, 16	
– Verjährungsbeginn			
= Schadenentstehung		97, 16	
= Schadenentstehung und Mandatsende		97, 16	
= Vertragsberatung		97, 16	
– Verjährungshemmung		97, 16	
Verjährung, § 195 BGB			
– Mittelverwendungskontrolle		97, 71	
Verschmelzung			
– Kapitalgesellschaften		97, 113	
– Schadenentstehung		97, 113	
Verschwiegenheit			
– Honorarabtretung		97, 6	
Versicherungsschutz			
– Wissentliche Pflichtverletzung			
= Notaranderkonto,			
ungeprüfte Auszahlung		97, 36	
= Risikoausschluß		97, 36	
= des Treuhänders		97, 97	
– Sozietätsdeckung			
= Risikoausschluß eines Sozius		97, 36	
Verzug			
– des Steuerberaters		97, 150	

Vorberater

– Mandatsübernahme

97, 3

Vorteilsausgleichung

– Privatgutachten, überflüssiges

97, 62

Werbeverbot

– Bürogemeinschaft RA, StB

97, 50

– Internationale Sozietät

97, 2

– Messestand

97, 51

– Praxisbroschüre

97, 51

Wiedereinsetzung

– Berufungsbegründungsfrist (s. dort)

– Fristenkontrolle (s. dort)

= Fristversäumnis, unverschuldetes –

Erkrankung der Ehefrau

97, 2

– Rechtsirrtum

= Revisionsfrist

97, 106

Wirtschaftsprüfer

– Partnerschaft

97, 102

Zugang

– Zugangsvermutung, § 122 AO

97, 51

= Berechnung der Drei-Tages-Frist

= Postfach

97, 106

= Zweifel am Zugang

OLG Celle v. 18. 12. 1996 – 3 U 35/96

97, 128

OLG Düsseldorf v. 12. 1. 1995 – 13 U 90/93

97, 45

OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1995 – 15 U 215/93

97, 39

OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1996 – 13 U 38/95

97, 23

OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1996 – 13 U 3/95

97, 69

OLG Düsseldorf v. 20. 6. 1996 – 13 U 100/95

97, 150

OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1996 – 13 U 208/95

97, 152

OLG Hamm v. 30. 5. 1995 – 28 U 26/95

97, 25

OLG Hamm v. 22. 9. 1995 – 20 U 38/95

97, 36

= AnwBl 1996, 237

OLG Hamm v. 13. 12. 1995 – 25 U 19/95

97, 141

OLG Hamm v. 26. 9. 1996 – 15 W 151/96

97, 153

= GmbH-StB 1997, 37

OLG Köln v. 21. 3. 1996 – 18 U 100/95

97, 71

OLG Köln v. 3. 5. 1996 – 11 U 252/95

97, 147

= StB 1997, 77

OLG Zweibrücken v. 16. 1. 1997 – 4 U 47/96

97, 117

LG Berlin v. 16. 7. 1996 – 36 O 789/95, n. rkr.

97, 2

LG Darmstadt v. 16. 3. 1996 – 2 O 520/95

97, 51

= DSir 1996, 1584

LG Düsseldorf v. 9. 11. 1994 – 11 O 645/93

97, 97

LG Düsseldorf v. 17. 8. 1995 – 45 StL 8/95, rkr.

97, 50

= DSir 1996, 847

LG Saarbrücken v. 19. 4. 1995 – 9 O 463/94

97, 96

BFH v. 7. 12. 1995 – III R 12/91

97, 3

= BFH/NV 1996, 680

BFH v. 13. 2. 1996 – VII B 245/95

97, 2

= BFH/NV 1996, 657

BFH v. 21. 3. 1996 – X R 100/95

97, 2

= BFH/NV 1996, 694

BFH v. 26. 3. 1996 – IX R 62/93

97, 50

= BFH/NV 1996, 797

BFH v. 1. 4. 1996 – X R 97/95

97, 106

= BFH/NV 1997, 90

BFH v. 22. 4. 1996 – XI B 2/96

97, 50

= BFH/NV 1996, 727

BFH v. 29. 5. 1996 – 1 R 42/95

97, 54

= BFH/NV 1997, 1

BFH v. 26. 6. 1996 – X R 97/95

97, 106

= BFH/NV 1997, 90

BFH v. 13. 8. 1996 – II B 73/96

97, 78

= BFH/NV 1997, 57

BFH v. 23. 8. 1996 – IV B 123/95

97, 102

= BFH/NV 1997, 141

BFH v. 15. 10. 1996 – IX R 6/95

97, 149

= BFH/NV 1997, 285

FG Berlin v. 23. 6. 1995 – III 283/92

97, 50

Revision eingelegt – AZ beim BFH: IV R 36/96

FG Münster v. 29. 11. 1994 – 15 K 3383/89 U

97, 46

AG Mannheim v. 6. 11. 1996 – AR 366/95

97, 102

= WPK-Mitt 1997, 69

AG Potsdam v. 15. 2. 1996 – 22 C 487/95, rkr.

97, 50

= DSir 1996, 1063

BdF-Schreiben v. 14. 3. 1997 – IV B 2 – S 2244 – 3/97

97, 154

BGH v. 25. 4. 1996 – I ZR 106/94

97, 2

= AnwBl 1996, 471

BGH v. 9. 5. 1996 – IX ZR 244/95

97, 124

BGH v. 20. 6. 1996 – IX ZR 106/95

97, 16

= NJW 1996, 2929 = WM 1996, 1832

= AnwBl 1996, 637

BGH v. 2. 7. 1996 – IX ZR 299/95

97, 57

= NJW 1996, 3009 = WM 1996, 2071 = DB 1996, 1868

BGH v. 4. 7. 1996 – VII ZB 14/96

97, 60

= NJW 1996, 3155 = VersR 1997, 132 = BB 1996, 2168

BGH v. 10. 10. 1996 – III ZR 205/95

97, 11

= NJW 1997, 47 = DB 1997, 89 = ZIP 1996, 2113

BGH v. 10. 10. 1996 – IX ZR 294/95

97, 62

= NJW 1997, 250 = WM 1997, 72

BGH v. 10. 10. 1996 – VII ZB 31/95

97, 107

BGH v. 17. 10. 1996 – IX ZR 37/96

97, 6

= NJW 1997, 188 = WM 1996, 2244 = DSir 1997, 39

BGH v. 24. 10. 1996 – IX ZR 4/96

97, 55

= NJW 1997, 254 = WM 1997, 77 = BB 1997, 16

= DB 1997, 224

BGH v. 14. 11. 1996 – IX ZR 215/95

97, 32

= NJW 1997, 518 = WM 1997, 328

BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 159/95

97, 29

= NJW 1997, 516 = WM 1997, 330 = Wpg 1997, 98

BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 182/95

97, 133

BGH v. 28. 11. 1996 – IX ZR 39/96

97, 109

= NJW 1997, 1302 = WM 1997, 321 = MDR 1997, 398

BGH v. 5. 12. 1996 – IX ZR 61/96

97, 113

= NJW 1997, 1001 = WM 1997, 333

BGH v. 12. 12. 1996 – IX ZR 214/95

97, 83

= NJW 1997, 1008 = WM 1997, 335 = DB 1997, 673

BGH v. 19. 12. 1996 – IX ZR 327/95

97, 81

= WM 1997, 359 = NJW 1997, 1235 = DSir 1997, 271

BayOLG v. 2. 8. 1996 – 3 Z BR 73/96

97, 102

= ZIP 1996, 1702

OLG Braunschweig v. 8. 3. 1996 – Ss (B) 100/95

97, 93

= wistra 1996, 319

OLG Celle v. 9. 2. 1994 – 3 U 83/93

97, 132

= DSir 1994, 630

OLG Celle v. 26. 4. 1996 – 2 Ss (Owi) 95/96

97, 154

= wistra 1996, 320

OLG Celle v. 5. 6. 1996 – 13 U 263/95, n. rkr.

97, 51

= DSir 1996, 1223

Vorschau auf 7/97

Steuerberaterhaftung: vGA bei Gesellschafter-Geschäftsführer, Mitverschulden (BGH); Fristenkontrolle: Berufungsbegründungsfrist, Verlängerungsantrag, Wiedereinsetzungsfrist - § 234 II ZPO (BGH); Fristenkontrolle: eigenverantwortliche Kontrolle des RA (BGH); Notarhaftung: Auskunftspflicht (Brandenburgisches OLG); Honorarforderung des Steuerberaters: Einforderbarkeit - § 9 StBGebV, unterschriebene Rechnung (OLG Düsseldorf); Honorarforderung des Steuerberaters, unwirksame Pauschalierungsabrede - § 14 StBGebV, Leistungsabstimmung - §§ 315 BGB, 11 StBGebV (OLG Köln)

**Dieser Ausgabe liegt eine Beilage zum Thema
„Steuerliche Behandlung von Unfallversicherungen“ bei.**



GI-Spezial Steuerberaterhonorar 1980–1996 auf CD-ROM

Die Rechtsprechung zum Steuerberaterhonorar ist seit 17 Jahren ein Schwerpunktthema in der Fachzeitschrift GI. Eine Vielzahl auch nicht veröffentlichter Urteile zu den Alltagsfragen des Gebührenrechts sind in diesem Spezial zusammengefaßt.

Weitere Informationen und ein Bestellformular finden Sie in der GI-Beilage dieser Ausgabe oder können über die GI-Service-Fax-Hotline (02 21) 144-51 55 bestellt werden.

I M P R E S S U M

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe**

ISSN 1430 – 550 X

Herausgeber:

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG
Abteilung Presse und Information
50597 Köln
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –
Fachanwalt für Steuerrecht

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Layout und Satz:

Type Connection, Köln

Druck:

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer
und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

Nachdruck:

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.